Telegramm-Adresse: Correspondent Merseburg. Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung und Geschäftsstelle Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen. 4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nächste Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Reklameteil 40 Pf. Bei komplizierten Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinste Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 238 — Donnerstag den 10. Oktober 1912. — 34. Jahrg.

Nicht ganz unbegründete Bedenken.

Die Art der italienischen Kriegsführung in Tripolitanien ist jetzt auch denen verständlich geworden, welche bisher den Kopf über sie schüttelten. Die römische Regierung rechnete von vornherein damit, daß die Balkanvölker die Gelegenheit dazu benutzen würden, die längst geplante Abrechnung mit ihrem Erbfeinde in Angriff zu nehmen. Italien glaubte, durch diese in der Natur der Verhältnisse liegende Hilfe sich große Opfer und den gefährlichen Eroberungsmarsch durch die von der Küste nach dem Süden Libyens führenden schmalen und langen, mit zahlreichen Verstecken versehenen Täler ersparen und schließlich die reife Frucht sich in den Schoß fallen lassen zu können. Diese Kalkulation war im großen und ganzen richtig. Nur kam die Hilfe viel später, als erwartet worden war, weil der Krieg zu plötzlich eintrat und die Balkanstaaten ohne alle Präparation vorfand. Letztere bedurften einiger Zeit, um sich von der Überraschung zu erholen und sich die Frage zu beantworten: Was ist zu tun? Auch mußten sie erst abwarten, ob der Krieg von längerer Dauer sein würde, so daß es sich verlohnte, sich schlagfertig zu machen. Dann waren diplomatische und nach deren Gelingen militärische Vorbereitungen in umfassendstem Maße zu treffen, und zwar in aller Stille, um sie nicht offenkundig werden zu lassen, da mehrere Mächte fest entschlossen zu sein schienen, die Einmengung der Balkanstaaten in den italienisch-türkischen Krieg nicht zu dulden. Selbst Italien fühlte sich gezwungen, offiziell in diesem Sinne sich auszusprechen.

Die Balkanregierungen haben es jedoch verstanden, im Geheimen ein bulgarisch-serbisch montenegrinisch-griechisches Schutz- und Trutzbündnis herzustellen und auch die Kriegsrüstungen mit solcher Heimlichkeit zu betreiben, daß sie erst in ihren letzten Stadien bekannt wurden. Italien reibt sich, ohne es die anderen Mächte merken zu lassen, vergnügt die Hände darüber, daß der ersehnte Balkanbund endlich ins Leben getreten ist und einen mächtigen Druck auf die Entschließungen der Pforte in der Frage des Friedensschlusses auszuüben vermag. Man tut indessen gut, sich in dieser Hinsicht noch nicht allzugroßen Erwartungen hinzugeben. Es heißt ja nur, daß die unverbindlichen türkischen Unterhändler und auch der Ministerrat in Stambul die letzten Vorschläge der unverbindlichen italienischen Unterhändler akzeptiert haben, daß jedoch der Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet ist. Und von Rom aus wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Sache noch viel Arbeit und Zeit zu ihrer Erledigung erfordere. Sogar der zunächst abzuschließende Waffenstillstand werde viel zu schaffen machen, da an diese Frage eine Menge verwirrender Faktoren hineinspielen, welche Italien zu größter Vorsicht mahnen.

Und nun erst die Friedensfrage selbst! Man kann kaum glauben, daß die italienische Regierung die Bedingungen gutheißen werde, welche die „Unverbindlichen" in Ouchy am Genfer See mit einander vereinbart haben sollen. Danach tritt die Türkei Tripolis und die Cyrenaika nicht an Italien ab, sondern sie gewährt diesen Vilajets nur die Souveränität, das Recht der freien Verfügung über ihre Zukunft. Auch ruft sie ihre Truppen nicht zurück, sondern sie überläßt ihnen die Entscheidung darüber, ob sie heimkehren oder in den tripolitanischen Kriegsdienst treten, also eventuell weiter gegen die italienischen Eindringlinge kämpfen wollen. Daß Italien auch nach dem Abmarsche sämtlicher türkischer Truppen noch lange und mühsame Kämpfe mit den Arabern zu bestehen haben würde, darüber täuscht sich niemand. Wenn aber die türkischen Streitkräfte dort verbleiben würden, so hätte Italien durch den Friedensschluß nur wenig oder nichts gewonnen. Der türkischen raffinierten Schlauheit wäre schon zuzutrauen, daß sie den Truppen im Geheimen den Befehl erteilte, in tripolitanischen Dienst zu treten und daß sie nach wie vor dieselben mit allem zum Kriegführen Nötigen versähe.

Auf einen derartigen Friedensvertrag kann Italien gar nicht eingehen, und wenn es fest bleibt und die Balkanstaaten sich nicht so rasch zum Wiedereinstecken des gezogenen Schwertes bewegen lassen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß Italien seine ursprünglichen Forderungen voll und ganz durchsetzen wird. Letzteres müßte sich aber auch davor hüten, selbst zur Einschüchterung der Balkanregierungen beizutragen. Wenn es allzu eilig und zwar einen faulen Frieden mit der Türkei schließen und dadurch die ihm zu Hilfe gekommenen christlichen Völker der Halbinsel im Stiche lassen würde, so könnte sich die Situation noch so gestalten, daß die Pforte auf die Hinterbeine träte, der römischen Regierung wieder ein weniger konziliantes Gesicht machte und den Krieg in Tripolis in anderer oben angedeuteter Form wieder aufnähme. Die Großmächte drücken jetzt ohnedies mit vermehrten Kräften im Interesse der Erhaltung des Friedens auf die Balkanstaaten. Kann sich die Pforte diese durch mazedonische Reformen vom Halse halten, dann wendet sie sich naturgemäß wieder gegen diejenigen, welche Tripolitanien annektieren wollen.

Die konservativen „Bekämpfer" des Umsturzes.

Ein Artikel der „Konservativen Korrespondenz", der sich mit den Stichwahlverhandlungen auf dem sozialdemokratischen Parteitage beschäftigt, macht die Runde durch die konservativ-agrarische Presse. Stolz erklärt man darin:

Wenn Herr Scheidemann schließlich sich anheischig macht, weitere solche Fälle (wie die konservative Stichwahlbetteleien in Parchim Ludwigslust und Arnswalde-Friedeberg) namhaft zu machen, so sehen wir dem entgegen. Sollte er dazu nicht in der Lage sein, so könnten wir seine Worte nur als leichtfertige und dummdreiste Verleumdungen bezeichnen.

Wir finden, so bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.", diese bedingte Androhung etwas leichtfertig, weil die „Kons. Korr." doch eigentlich wissen sollte, daß sie mehr Sünder in ihren Reihen sitzen hat, als sie andere Leute glauben machen möchte. Wir wollen ihr gern mitteilen, daß im Wahlkreise Malchin-Waren, in dem der gewesene Mandatsinhaber v. Maltzahn-Pekatel (kons.) mit dem dann gewählten fortschrittlichen Gutsbesitzer Dr. Wendorff in Stichwahl stand, zwischen Haupt- und Stichwahl das Vorstandsmitglied des konservativen Orts- und Kreiswahlvereins, Maurermeister Reinholz-Malchin, die sozialdemokratischen Führer in Malchin um Stichwahlhilfe für Herrn v. Maltzahn ersuchte — freilich mit negativem Erfolg. Herr Reinholz ist bis jetzt noch immer Vorstandsmitglied des konservativen Vereins. — Herr Flint-Mühlenhof im Wahlkreise Parchim-Ludwigslust ist — darauf wollen wir die „Deutsche Tageszeitung" einmal aufmerksam machen — auch noch immer der Vorsitzende des Bundes der Landwirte im Wahlkreis, derselbe Herr, der erklärt hat, der Vorstand des Bundes der Landwirte hat die Dabeschen roten Zettel weder vorher gekannt noch sie gebilligt, dem dann aber öffentlich nachgewiesen wurde, daß er an einer Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte teilgenommen hat, die am 13. Januar im Wallhotel in Parchim tagte, nach deren Schluß sofort die roten Zettel in Druckauftrag gegeben wurden — von einem Herrn, der an dieser Versammlung teilgenommen hatte, der aber nicht Herr Flint war.

Diese Ausführungen bestätigen, daß die christlichsoziale Partei als Dienerin der Konservativen angesehen wird. Sie bestätigen auch, daß die Wahl des Pastors Philipps auch äußerlich die Wendung nach rechts kennzeichne. Die Christlichsozialen dürfen als besondere Partei für die Konservativen namentlich in der Kirchenfrage weiter arbeiten. Aber bei den Wahlen kann es dem Abgeordneten Behrens wieder passieren, daß die Konservativen ihn, wie bei der letzten Reichstagswahl, aus seinem Wahlkreis zu verdrängen suchen.

Der Parteitag in Mannheim.

L.C. Mannheim, 7. Okt. Heute früh trat der Parteitag sofort in die Beratung der Frauenfrage ein. Abg. Mommsen als erster Referent gab einen geschichtlichen Überblick über die Stellungnahme der Partei zum Frauenstimmrecht und erklärte, es sei die Stellung in der Partei noch nicht einheitlich, es gäbe Freunde, die die Aufnahme jener Forderung als unvereinbar mit ihren Grundsätzen erachteten und sie für ihre Person nicht anerkennen würden. Es müsse aber vermieden werden, daß Teile des Programms von Anhängern der Partei nicht mitgebracht werden könnten. Ohne die Bedeutung der Frage verkennen zu wollen, so gäbe es doch heute sehr viel schwierigere Fragen zu lösen; und es sei falsch, jetzt durch Hineintragen von Zwiespalt die Stoßkraft der Partei zu schwächen. Ausdrücklich sollte hervorgehoben werden, daß jeder Anhänger der Partei berechtigt sei, die Frauenfrage über die Linie hinaus zu verfolgen, die das Parteiprogramm zunächst gezogen habe. Der geschäftsführende Ausschuß wolle ein Festlegen der Partei vermeiden. Redner habe seine persönliche Meinung zurückgestellt im Interesse der Gesamtpartei. Helfen Sie uns die Männerrechte durchzuführen, so wird sich die Frage des Frauenstimmrechts ganz von selbst lösen! Im Namen des geschäftsführenden Ausschusses legte Mommsen folgende Resolution vor:

„Der Parteitag sieht zurzeit von einer Abänderung des Absatzes VIII des Parteiprogramms betr. die Rechte der Frauen mit Rücksicht auf die in der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten ab, erkennt aber das Recht eines jeden Parteigenossen an, seinerseits für die Erweiterung der Rechte der Frauen über die in das Programm aufgenommenen Grundlinien hinaus zu wirken."

Frl. Dr. Bäumer als zweiter Referent hob einleitend hervor, daß die Frauen als Angehörige der liberalen Partei ihre Forderung erheben und die Frauenbewegung durchaus als liberale Angelegenheit empfinden. Der Liberalismus müsse die Kraft haben, die Bewegung der Frauen zur politischen Gleichberechtigung hin innerlich mit zu erleben. Die Partei müsse die Bewegung nicht um der Frauen, sondern um ihrer selbst willen begrüßen. Die wirtschaftliche und soziale Entwickelung dränge mit innerer Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung der Frau. Diese werde kommen, der Liberalismus möge dafür sorgen, daß er den Gewinn davon habe. Er müsse dann allerdings früh aufstehen. Es sei zuzugeben, daß die Frage noch nicht für die praktische Gesetzgebung reif sei; aber bei den Frauen sei die Fähigkeit, sich als Staatsbürger zu fühlen, außerordentlich schnell gewachsen, ebenso schnell wie die Entwickelung der modernen Frauenbewegung und der beruflichen Organisationen. Das Bekenntnis zum Liberalismus werde den Frauen sehr erschwert, wenn sie vom Liberalismus zurückgewiesen, wenn sie desavouiert würden. Im Interesse der liberalen Politik täten die Frauen dringend: geben Sie uns ein großzügiges prinzipielles Zugeständnis, daß die Frauenbewegung innerlich zum Liberalismus gehört.

Nach dieser Rede wurde ein inzwischen eingegangener, mit 31 Unterschriften versehener Antrag Frau Voß-Zietz-Frl. Dr. Bäumer verlesen:

„Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat die Zahl der berufstätigen Frauen außerordentlich vermehrt. Diese Entwicklung, die sich zweifellos fortsetzt, und die wachsende Aufnahme von Frauen aller Schichten am öffentlichen Leben führt mit inniger Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung der Frauen. Der Parteitag fordert deshalb die Parteigenossen auf, die Frauen im Kampf um ihre politischen Rechte bis zur vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu unterstützen."

Später wurde ein Antrag Müller-Meiningen eingebracht, hinter die Worte „am öffentlichen Leben führt" den Satz einzufügen: „nach der Anschauung weiter Parteikreise".

Nach lebhafter Debatte erklärte schließlich Abgeordneter Mommsen, daß, wenn alle Anträge auf Programmänderung zurückgezogen würden, der Antrag des geschäftsführenden Ausschusses gegenstandslos sei und zurückgezogen werden könne.

Diese Zurückziehung erfolgte, nachdem hintereinander sämtliche Anträge auf Programm-Änderung zurückgezogen worden waren. Es blieb nur noch der Antrag Voß-Zietz, der alsdann, nach Aufnahme des Amendements Müller-Meiningen, unter großem Beifall gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Damit war der Punkt Frauenfrage erledigt.

Es folgte die Beratung der Organisationsfragen. Abg. Kopsch referierte und ging die zahlreichen Abänderungsanträge zum Organisationsstatut durch, die er teils ablehnte, teils der näheren Erwägung des Zentral-Ausschusses empfahl. Die Fülle der Anregungen zeigte das lebhafte Interesse der Parteigenossen an den Organisationsfragen. Die jährliche Berufung des Parteitages wünschte Redner nicht, um nicht die Mitglieder zu sehr zu belasten. Die Aufnahme von Vertretern der Arbeitervereine usw. in den geschäftsführenden Ausschuß sei nicht erwünscht wegen des einheitlichen Charakters der Partei. Die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses durch den Parteitag sei nicht zu empfehlen, da jeder Parteitag doch eine lokale Färbung trage und so leicht eine falsche Auswahl der in der Parteileitung befindlichen Männer stattfinden könne. Der Zentral-Ausschuß, der jetzt die Wahlen vornehme, habe viel bessere Personalkenntnisse. Redner wandte sich auch gegen die Anträge auf Schaffung von Landeskonferenzen der Partei zur sofortigen Annahme. Volles Vertrauen der Partei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0001

genossen zu den führenden Männern und volles Vertrauen dieser zu den Freunden draußen im Lande sei Vorbedingung für gutes Weiterarbeiten.

Nach kurzer Debatte wurden sämtliche Anträge zum Organisationsstatut dem Zentralausschuß zur Prüfung und Erwägung überwiesen. Der Antrag Sachsen auf Schaffung einer die preußischen Provinzialverbände zusammenfassenden Organisation mit regelmäßigen preußischen Landesparteitagen wurde angenommen.

Ein Antrag Osnabrück über Verhältnis von Staat und Kirche wurde unter Hinblick auf den Fall Traub von Pfarrer D. Pfannkuche begründet. Er lautete:

„Der Parteitag wolle beschließen: Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei erachtet die Neugestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche für eine dringende Aufgabe der Gegenwart. Die Frage ist im wesentlichen landesgesetzlich zu behandeln. Der Parteitag macht es deshalb den Landesorganisationen, insbesondere der preußischen, zur Pflicht, die Frage zunächst in eingehende Beratung zu nehmen. Um ein möglichst einheitliches Vorgehen des entschiedenen Liberalismus in den Einzelstaaten zu erreichen, soll die Frage Staat und Kirche auf die Tagesordnung eines Parteitages gestellt werden."

Die Resolution fand nach kurzer Aussprache einstimmige Annahme.

Über die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sprach alsdann Dr. Wiemer, der eingangs seiner inneren Befriedigung über den vorsätzlichen Verlauf des Parteitages Ausdruck verlieh. Er empfahl folgende Resolution:

„Der Parteitag fordert im Interesse des Gemeinwohls die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und verlangt, daß sonst geeignete Persönlichkeiten nicht mehr wegen irgendwelcher Unterschiede des Glaubens, der Geburt oder der politischen Gesinnung von Ämtern der Reichs- und Staatsverwaltung, vom Offizier- oder Sanitätskorps ausgeschlossen oder bei Beförderung im Reichs- oder Staatsdienst zurückgesetzt werden."

Wiemer protestierte gegen die Bevorzugung des Adels im Heer und gegen alle Versuche, die Politik in die Armee und in die Kriegervereine hineinzubringen, wofür er drastische Beispiele anführte. Eindringlich forderte Wiemer Gewissensfreiheit in der Kirche; die Partei werde sich hinter ihren Freund Traub stellen, der dem Parteitage einen herzlichen Gruß gesandt habe. Hoffentlich werde es bald möglich sein, daß Traub von der Parlamentstribüne für Kultur und Geistesfortschritt eintreten könne (stürmischer Beifall).

Von einer Debatte wurde Abstand genommen. Die Resolution Wiemer wurde einstimmig unter Beifall angenommen.

Damit waren die Verhandlungen des Parteitages beendet. Abg. Funck hielt die Schlußansprache.

Prof. Hausrath-Heidelberg dankte in beredten Worten dem Präsidenten Funck für die vorzügliche Leitung des Parteitages. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Fortschrittliche Volkspartei wurde der Parteitag geschlossen.

Ein kanadischer Minister über die deutsch-kanadischen Beziehungen.

In den letzten Tagen hat der Premierminister des kanadischen Staates Saskatchwan Walter Scott in Berlin geweilt, um hier die landwirtschaftliche Kreditorganisation in Deutschland zu studieren. Der Herausgeber des „Neuen Politischen Tagesdienstes" hatte Gelegenheit, mit dem kanadischen Staatsmann über einige Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Kanada zu sprechen.

Nach den Äußerungen Ministers Scotts darf man leider auf eine baldige Änderung der bestehenden Vereinbarungen über die Handelsbeziehungen beider Länder kaum rechnen. Es scheint in Kanada nicht als ein Bedürfnis empfunden zu werden, das gegenwärtige Provisorium in einen endgültigen Handelsvertrag umzuwandeln. Der Staat des Ministers Scott hat überwiegend agrarische Interessen und ist daher besonders an der kanadischen Weizenausfuhr interessiert. Man nimmt dort an, daß der Weizenverbrauch in Deutschland in Zukunft noch erheblich steigen wird. Und aus diesem Grunde wird demnächst eine rührige Propaganda für den kanadischen Weizen in Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern entfaltet werden. Die kanadische Regierung beabsichtigt, die landwirtschaftliche Produktion auf jede Weise und mit Unterstützung aus Staatsmitteln zu heben. Der Minister zog auch Vergleiche zwischen den Kolonisten fremder Nationalitäten, die nach Kanada eingewandert sind. Nach seiner Ansicht ist der deutsche Kolonist unbedingt der tüchtigste; er überragt durch Sparsamkeit und Anpassungsfähigkeit an die neuen Verhältnisse alle anderen europäischen Einwanderer, insbesondere die slavischer Herkunft.

Aus den Mitteilungen des Ministers geht ferner hervor, daß Kanada zur Hebung seiner Ausfuhr nach Europa die bestehenden Verkehrsmittel schon in nächster Zeit wesentlich ausbauen wird. Als sehr erwünscht bezeichnete der Minister Scott die Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Kanada und Hamburg. Unterhandlungen in diesem Sinne sollen bereits schweben. Der Minister betonte zum Schluß nochmals, daß man in Kanada ebenso wie in Deutschland auf gute Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen hoffte, daß aber voraussichtlich in absehbarer Zeit eine Änderung ihrer vertraglichen Grundlagen nicht zu erwarten wäre.

Die Balkankrisis.

Die Mächte sind einig. Auch England hat noch seine Zustimmung zu dem französischen Vorschlag gegeben, worauf Ssasonow sofort den Vertretern Rußlands bei den Balkanstaaten telegraphierte, sie möchten sich mit ihren österreichischen Kollegen in Verbindung setzen, um gemeinsam sobald wie möglich den verabredeten Schritt zu unternehmen. Die Vertreter der Großmächte wollen dann in Konstantinopel den Kollektivvorschlag unterbreiten.

Montenegro scheint aber durch die Bemühungen um den Frieden einen dicken Strich machen zu wollen. Wenn die Nachricht des „Reuterschen Bureaus" zutrifft, hat der montenegrinische Geschäftsträger, wie schon gestern gemeldet, Dienstag vormittag in Konstantinopel die Kriegserklärung überreicht.

Aus Cetinje, 8. Okt., meldet ferner das „Wiener Telegr. Korresp.-Bureau": Der montenegrinische Geschäftsträger Plamenatz verläßt heute Konstantinopel. Dem hiesigen ottomanischen Geschäftsträger wurden die Pässe zugestellt.

Sollten sich diese Meldungen bewahrheiten, so würde der Krieg kaum noch zu verhüten sein, denn Serbien und Bulgarien warten im Grunde nur darauf, daß es zu einer kriegerischen Entwickelung kommt. Vor allem möchten sie gern dem gemeinsamen Schritt der Großmächte zuvorkommen.

Wie aus Cetinje ferner gemeldet wird, kam es am Montag abend zu großen Kundgebungen für den Krieg. Die Manifestanten bereiteten dem König und dem Kronprinzen begeisterte Ovationen und begaben sich dann vor die Gesandtschaften Serbiens, Bulgariens und Rußlands, wo sie den betreffenden Staaten ihre Sympathie zum Ausdruck brachten. Aus dem Auslande melden sich viele Freiwillige. Ein Freiwilligenkorps wurde bereits gebildet. Dienstag vormittag defilierten vor dem König die zur Grenze abgehenden Truppen der Katunska-Brigade. Der König begrüßte die Soldaten vom Pferde herab. Eine ungeheure Menschenmenge jubelte den vorbeiziehenden Truppen zu. Die Militärmusik spielte patriotische Märsche. Kronprinz Danilo und Prinz Peter sind nach Podgoritza abgereist. Auch für die Abreise des Königs ins Innere werden alle Vorbereitungen getroffen. Kriegsminister Martinowitsch hat sich nach Antivari begeben.

Die Reformvorschläge der Türkei.

Die Türkei hat, wie bereits gemeldet, in letzter Stunde Reformprojekte versprochen; sie muß aber die Erfahrung machen, daß diese Versprechungen nicht recht ernst genommen werden, denn die Türkei hat schon oft Reformen versprochen, ohne sie zu halten. Dazu kommt, daß die versprochene Verwirklichung des Gesetzes von 1880 weit hinter den Forderungen der Balkanstaaten zurückbleibt. Der Inhalt des Gesetzes von 1880, das eine Folge des Berliner Vertrages war, lautet:

Der Medschlis (Provinzialrat) ist wählbar und mit so ausgedehnten Befugnissen ausgestattet, daß er einem kleinen Parlament gleichkommt. Die von ihm angenommenen Gesetze bedürfen der Sanktion des Sultans, der jedoch diese Sanktion nicht verweigern darf, wenn das betreffende Gesetz den Vorrechten des Sultans oder des Reiches nicht nahetritt. Die Justiz wird für gänzlich unabhängig von der Verwaltung erklärt. Die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens ist obligatorisch und nichtmuselmanische Zeugen werden den muselmanischen gleichgestellt. Die Gerichtspräsidenten und Appellationsräte sind unabsetzbar. Prozesse zwischen Privaten und der Regierung sind vor den gewöhnlichen Gerichten auszutragen. Alle Strafen, einschließlich die der Verbannung, dürfen nur kraft eines von einem gewöhnlichen Gericht gefaßten regelmäßigen Gerichtsbeschlusses verhängt werden. Was die finanziellen Bestimmungen betrifft, so sind sie vom Standpunkte der Steuererträge vortrefflich, vom Standpunkte der Zentralregierung jedoch minder günstig, wodurch sich auch der lebhafte Widerstand der türkischen Delegierten vom Jahre 1880 gegen diese Bestimmungen leicht erklärt. Anfänglich wurde bestimmt, daß die Provinzeinkünfte ausschließlich für Provinzerfordernisse verwendet werden sollen. Von dem Überschusse seien 15 v. H. für die Entwickelung des öffentlichen Unterrichts zu verwenden, der Rest an die türkische Staatskasse abzuführen. Es ist leicht vorauszusehen, daß sich sehr selten ein Überschuß ergeben werde. Eben deshalb verweigerte im Jahre 1880 der Sultan entschieden seine Zustimmung dazu, daß das neue Gesetz auch für Konstantinopel und dessen Umkreis Gültigkeit haben soll.

Die Gesandten der Balkanstaaten in Konstantinopel kennen die Absichten ihrer Regierungen nicht und legen sich deshalb Zurückhaltungen auf. In griechischen Kreisen dagegen wird das Wilajetgesetz von 1880 für unzureichend erklärt. In den serbischen Kreisen Konstantinopels wird der Krieg nach wie vor für unvermeidlich gehalten. Dort glaubt man auch, daß die Anwendung des Gesetzes das Einvernehmen der Balkanmächte stören und Streitigkeiten wegen der Abgrenzung der einzelnen Zonen hervorrufen würde.

Notifizierung des Versprechens.

Der türkische Botschafter in Paris brachte am Montag dem Ministerpräsidenten Poincaré offiziell den von der Türkei gefaßten Beschluß zur Kenntnis, das Wilajetgesetz von 1880 in Kraft treten zu lassen.

Die Pforte hat ihren diplomatischen Vertretern den Beschluß betreffend Durchführung von Reformen in Mazedonien notifiziert.

Weitere Meldungen aus der Türkei.

In Konstantinopel hat ein Kriegsrat stattgefunden, an dem der Großwesir, der Kriegsminister, der Marineminister, die Generalstabschefs, die Kommandeure der Ost- und Südarmee sowie andere höhere Offiziere teilnahmen. In dem Kriegsrat wurde die militärische Lage besprochen.

Reschid Pascha ist in Konstantinopel eingetroffen.

Kriegsstimmung in der Türkei.

Acht der hervorragendsten Volksführer Albaniens wie Bairam Zur, Issa Bolletinaz und Riza Bey haben sich bereit erklärt, sich mit allen Arnauten an der Verteidigung des Vaterlandes zu beteiligen. Sie warten nur auf einen Wink, gegen den Feind zu ziehen. Auch in Monastir, Ochrida, Janina und Köprülü haben große Kundgebungen in diesem Sinne stattgefunden.

Montag nachmittag fand eine Studentenversammlung in Konstantinopel statt, die angeblich vom jungtürkischen Komitee organisiert worden ist, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Die Studenten, höchst erregt, verlangten stürmisch den Krieg, verhöhnten Griechen und Bulgaren und schrien: Nieder mit dem Artikel 23! Gegen 2½ Uhr erschienen zuerst 200 Repatriierte, die mit dem Publikum bald eine Masse von über 1000 Köpfen bildete, vor der Pforte, während der Ministerrat tagte, besetzten die Tore zum Hof und veranstalteten lärmende Kundgebungen, bis die Tore der Pforte gesperrt wurden. Das Kriegsministerium schickte eine Kompagnie Soldaten ab, die vergebens in die Pforte hineinzugelangen versuchten. Die Studenten begrüßten die Truppen mit einem Hoch auf die Armee und hielten die Pferde der Offiziere an. Erst einer zweiten Kompagnie gelang es, in die Pforte hineinzukommen. Schließlich mußten der Großwesir und der Marineminister unter den Manifestanten erscheinen. Sie hielten Reden, in denen sie betonten, die Regierung tue ihre Pflicht und vervollständige ihre Vorbereitungen. Die Studenten entfernten sich schließlich unter lärmenden Kundgebungen.

Das Reformversprechen der Pforte wird in der Türkei selbst mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, hat dieser Beschluß bei der Partei Entente Libérale und der Verfassungspartei einen guten Eindruck hervorgerufen; nur die Komiteepartei scheint ihn zu mißbilligen. Um den unzufriedenen Teil des Publikums zu beruhigen, veröffentlicht die Pforte eine Erklärung, die besagt, daß die erforderlichen Reformen noch geprüft werden. Der Entwurf werde der Zustimmung der Kammer und des Senats und der Sanktion durch den Sultan unterworfen werden. Deshalb dürfe die Bevölkerung sich nicht beunruhigen und durch falsche Darstellungen sich nicht erregen lassen.

Das jungtürkische Hauptkomitee hat an alle Niederlassungen in der Provinz ein Rundschreiben erlassen, worin diese aufgefordert werden, im gegenwärtigen kritischen Augenblick alle Streitigkeiten beiseite zu lassen, sich zu einigen und der Regierung die Hand zu reichen, damit die Nation in ihrer gefährlichen Lage einig und kräftig sei.

In Mazedonien ist der Belagerungszustand proklamiert worden.

Die beschlagnahmten griechischen Schiffe. Nach wiederholten mündlichen Vorstellungen überreichte der griechische Gesandte Gryparis der Pforte eine Note, in der gegen die Beschlagnahme der griechischen Dampfer Einspruch erhoben wird. In der Note wird weiter Verwahrung dagegen eingelegt, daß zehn griechische Dampfer bereits von türkischen Offizieren und Mannschaften besetzt worden seien.

Die griechischen Schiffe, die noch nicht vom Marineministerium beschlagnahmt worden sind, haben die französische Flagge gehißt.

Die Großmächte.

Ministerpräsident Poincaré empfing Montag nachmittag den englischen Botschafter. Er hatte darauf nacheinander mit dem türkischen Botschafter und den Gesandten von Griechenland und Bulgarien Unterredungen. Beim Empfange des griechischen und des bulgarischen Gesandten erneuerte Ministerpräsident Poincaré die bereits erteilten Ratschläge zur Mäßigung und den dringenden Appell zu einer Politik des Friedens.

Die Botschafter Frankreichs und Rußlands haben dem türkischen Minister des Äußeren die zur Verhütung des Krieges gefaßten Entschlüsse der Mächte mitgeteilt.

Die Pariser Blätter sprechen ihre Befriedigung über die von den Großmächten in der Balkan-Angelegenheit erzielte Solidarität aus, wenn sie auch einigen Zweifel an der Wirksamkeit der beschlossenen Schritte nicht unterdrücken können.

Die Gesandten von Österreich-Ungarn und Rußland in Sofia haben Dienstag mittag gemeinsam im Namen der Mächte den verabredeten Schritt unternommen.

Kein russischer Kredit für Bulgarien. Von autoritativer russischer Seite wird die Nachricht, wonach die Russische Staatsbank der Bulgarischen Nationalbank im Auslande einen Kredit von 25 Mill. Fr. eröffnet hätte, als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Ssasonow in Berlin.

Der russische Minister des Äußern Ssasonow mit seinem Kabinettschef Baron Schilling und der russische Botschafter in Wien v. Giers sind Dienstag früh ½8 Uhr in Berlin eingetroffen.

Ssasonow empfing Dienstag vormittag den russischen Gesandten in Sofia Baron v. Burhoeveden, der in Berlin eingetroffen war, und den russischen Gesandten in Darmstadt. Nachmittags konferierte er im Auswärtigen Amt mit Herrn v. Kiderlen-Waechter. Eine Stunde später fand eine zweite Konferenz beim Reichskanzler in dessen Palais statt. Ssasonow hatte auch eine Unterredung mit dem griechischen Geschäftsträger Theodoky und dem italienischen Botschafter Pansa. Am Dienstag abend findet ein Diner beim Staatssekretär des Auswärtigen statt, an dem auch der Reichskanzler teilnehmen wird. Um Mitternacht will Ssasonow nach Petersburg zurückkehren.

Die Haltung Österreichs.

Die Österreichische Delegation hielt Montag eine Plenarsitzung ab, in der die zweite Lesung des Budgets des Ministeriums des Äußern begonnen wurde.

Der Berichterstatter Marquis Bacquehem erklärte, es sei allerdings im Augenblicke schwer, noch den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0002

nötigen Optimismus aufzubringen, um an eine Verhütung des Krieges auf dem Balkan glauben zu können. Da indessen die Kollektivnote der Balkanmächte an die Pforte bis zur Stunde nicht überreicht worden sei, brauche man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es dem einmütigen Bestreben der Mächte gelingen werde, den Krieg zu verhüten. Allein, selbst wenn dies nicht gelingen sollte, sei die glücklicherweise vorhandene Einigkeit der Mächte eine sichere Bürgschaft für eine Lokalisierung des Krieges. Es sei vorauszusehen, daß die Beratungen des Plenums der sicheren Zuversicht Ausdruck geben würden, daß die gemeinsame Regierung die hohen, hier in Frage stehenden Interessen der Monarchie mit Wachsamkeit und Festigkeit zu hüten und zu wahren wissen werde. (Lebhafter Beifall) Nach mehreren anderen Rednern sprach Delegierter Fürst Schwarzenberg dem Grafen Berchtold namens der Rechten des Herrenhauses volles Vertrauen in seine, im Zusammenwirken mit den übrigen Großmächten auf Erhaltung des Friedens und Besserung der Lage der christlichen Bevölkerung der Türkei gerichteten Politik aus, sowie das Vertrauen in die vom Minister bekundete Absicht, die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen Österreichs auf dem Balkan in einer der Würde und der Stellung der Monarchie entsprechenden Weise unter allen Umständen zu wahren. (Beifall.)

Auf eine Anfrage des Delegierten Wassilko erklärte Minister des Äußern Graf Berchtold, die Meldung über russischerseits erfolgte Probemobilisierungen beruhten auf Wahrheit, doch könne diesen Meldungen schon deshalb keine besorgniserregende Bedeutung zugeschrieben werden, da diese militärischen Übungen bereits im Frühjahr dieses Jahres in Aussicht genommen worden seien. Er möchte gegenüber den zum Ausdruck gekommenen Besorgnissen auf das eben jetzt eingeleitete Zusammengehen mit Rußland hinweisen.

Am Dienstag sprach sich in der Delegation der tschechische Sozialdemokrat Tusar unbedingt gegen jeden Krieg aus. Die Zukunft Österreichs liege innerhalb seiner Grenzen, nicht außerhalb derselben. Abg. Lecher besprach eingehend die Nachteile der Balkansituation für die österreichische Volkswirtschaft und erhoffte eine Entspannung von dem bevorstehenden Friedensschlusse zwischen Italien und der Türkei. Redner warnte davor, das Vorgehen der Balkanstaaten als eine Art Kreuzzug aufzufassen. Das deutsch-österreichische Bündnis sei für die Deutschen Österreichs eine nationale Herzenssache und bei dem Vergleich, was Deutschland für Österreich während der Annexionskrise und was Österreich für Deutschland während der Marokkokrise getan hätten, wäre die Bilanz für Österreich nicht besonders aktiv.

England.

Das „Reutersche Bureau" hat durch eine Nachfrage festgestellt, daß die Vorschläge Frankreichs in ihrer endgültigen Form am Sonnabend abend in London eingegangen und im Prinzip am Sonntag morgen angenommen worden sind. Weitere Vorschläge in der Form von Zusätzen, die aber nicht auf britische Anregungen zurückzuführen sind, sind Sonntag abend eingetroffen und in der Nacht nach ihrer Prüfung durch den Minister des Äußern Sir Edward Grey angenommen worden.

Der Parlamentsuntersekretär im Auswärtigen Amt Aland erklärte in einer Rede in Newport auf der Insel Wight die Annahme für unbegründet, daß England sich gegen ein Zusammengehen mit den anderen Mächten gesträubt hätte. Der englischen Regierung sei es nur darum zu tun gewesen, daß die Punkte, auf die sich alle Mächte geeinigt hätten, in solcher Weise vorgestellt würden, daß es sowohl der Türkei, wie den Balkanstaaten möglichst leicht gemacht werde, in Ehren den Frieden zu bewahren.

Eine Rede Greys. Der englische Staatssekretär des Äußern Sir Grey führte am Montag im Unterhause in Beantwortung einer Frage über die Lage auf dem Balkan folgendes aus:

Ich befürchte, daß meine Auskunft im gegenwärtigen Augenblick nur allgemeiner Natur sein kann. Wie das Haus weiß, ist die Lage auf dem Balkan sehr kritisch und gibt zu großen Befürchtungen Anlaß. Die Großmächte tun, was sie können, um einen Bruch des Friedens zu verhindern. Die beiden Punkte, auf die sich ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich gerichtet hat, sind der Ausdruck ernster Mißbilligung eines Friedensbruches auf dem Balkan und die Notwendigkeit, die Reformen in der europäischen Türkei wirklich durchzuführen. Diese Notwendigkeit ist bereits von der türkischen Regierung zugegeben worden, und die Einführung wirksamer Reformen sollte der Türkei den friedlichen Besitz ihrer europäischen Provinzen sichern. Die Schwierigkeit ist auf der einen Seite für die Türkei, angesichts der Mobilisierungen der Balkanstaaten zu Reformen zu schreiten, und anderseits die Balkanstaaten zu überzeugen, daß die versprochenen Reformen das Wohlergehen der mazedonischen Bevölkerung wirksam sichern werden. Gestern sind endgültige Vorschläge für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte oder in ihrem Namen unternommen werden sollen, um diese Schwierigkeiten durch Vorstellungen bei den Balkanstaaten und in Konstantinopel zu überwinden, und wir haben ihnen zugestimmt. Unter den europäischen Großmächten, die am unmittelbarsten am Balkan interessiert sind, und deren Grenzen durch einen Krieg in jener Gegend am meisten in Mitleidenschaft gezogen würden, herrscht der eifrigste Wunsch, den Frieden aufrecht erhalten zu sehen, und dies ist meiner festen Überzeugung nach eine Bürgschaft dafür, daß, wenn der Friede auf dem Balkan gebrochen wird, keine der europäischen Großmächte in den Krieg hineingezogen werden wird. (Beifall.)

Der Radikale Mason fragte, ob die Regierung, wenn die gegenwärtigen Verhandlungen fehlschlügen, ihre guten Dienste dafür verwenden würden, daß die ganze Frage dem Haager Schiedsgericht überwiesen würde. Darauf antwortete Staatssekretär Grey: Ich möchte lieber nicht daran denken, daß die Schritte, die die Mächte jetzt beraten, fehlgehen. Sollte es dennoch geschehen, so würden wir selbstverständlich unser Möglichstes tun, um die Einigkeit unter den Mächten zu erhalten, und wir würden keine Initiative ergreifen und keinen Vorschlag tun, der geeignet wäre, jene Einigkeit zu beeinträchtigen.

Vier Kreuzer des englischen Mittelmeergeschwaders sind nach Malta abgefahren.

Italien.

Italienische Truppen landeten Montag vormittag in Bomba, ohne Widerstand zu finden.

Der Bund der Balkanstaaten.

In der serbischen Skupschtina erklärte der Ministerpräsident am Montag, daß am meisten die christlichen Balkanstaaten an einer Besserung der Lage in der Türkei interessiert seien.

Sie seien deshalb für die Durchführung der bereits im Berliner Vertrage vorgesehenen Reformen in der Erwartung eingetreten, daß die Signatarmächte des Berliner Vertrages diese Bestrebungen unterstützen würden. In diesem Stadium habe jedoch die Türkei die friedliche Behandlung der Frage auf dem Gebiet einer kriegerischen Auseinandersetzung verlegt, indem sie die Mobilisierung der türkischen Armee anordnete.

Die Skupschtina hat am Dienstag eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der Regierung teils schon verbrauchte, teils zur Verfügung gestellte Nachtragskredite in Höhe von 44 800 000 Dinar bewilligt werden.

Die bulgarische Sobranje hat alle ihr vorgelegten Gesetzentwürfen endgültig zugestimmt. Sodann nahm die Sobranje durch Zuruf die Antwort auf die Thronrede an. Die Antwort hat folgenden Inhalt: Die Abgeordneten würdigen die wichtigen Ereignisse die die allgemeine Mobilisierung der Streitkräfte des Königreichs herbeigeführt haben, und als logische Konsequenz die Erklärung des Belagerungszustandes. Sie werden in diesen für das Vaterland so entscheidenden Augenblicken der Regierung ihre Unterstützung leihen. Die Volksvertretung wird alle Vorschläge und Unternehmungen der Regierung prüfen, und sie erklärt, daß die bulgarische Nation, wenn es sich um die Verteidigung der Würde und der höchsten Interessen Bulgariens handelt, in ihrer Gesamtheit mit ihren um den Thron gescharten Vertretern auf dem Altar des Vaterlandes alle unvermeidlichen Opfer darbringen wird.

Darauf schloß Ministerpräsident Geschow die Sitzung mit folgenden Worten: Die Volksvertretung hat alle legislativen Maßnahmen, die die Regierung vorgeschlagen hat, angenommen. Diese Maßnahmen sind nicht zahlreich, aber sie sind entscheidend für das Schicksal unseres Landes. Wir wollen hoffen, daß dies Schicksal in der endgültigen Schaffung des Friedens und in dem höchsten Glück Bulgariens bestehen wird. Da der König allen Beschlüssen der Sobranje zustimmt, hat er mich beauftragt, in seinem Namen die außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung zu schließen. (Langanhaltender Beifall.)

Eine Kundgebung der Sobranje. Ein von der Sobranje an die Parlamente von Belgrad, Athen und Cetinje gerichtetes Telegramm spricht die Hoffnung aus, daß die christlichen Balkanstaaten unlösbar vereint in gemeinsamem Kampf gegen die Anarchie und die Tyrannei, worunter ihre Stammesgenossen in der Türkei zu leiden hätten, der Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit zum Siege verhelfen werden.

Ein Gegenvorschlag Bulgariens? Dem „Matin" wird von seinem Sonderberichterstatter aus Sofia gemeldet: Obwohl die bulgarische Regierung behauptet, die Note der Mächte amtlich noch nicht erhalten zu haben, scheint sie doch von ihrem Inhalt Kenntnis zu besitzen; denn sie bereitet einen ihren ursprünglichen Forderungen entsprechenden Gegenvorschlag vor.

Zahlreiche griechische Reservisten reisen täglich von Alexandria nach dem Piräus ab. — Viele griechische Kaufleute geben ihren Angestellten Urlaub ohne Gehaltsabzug.

Politische Übersicht

Österreich-Ungarn. Das österreichische Eisenbahnministerium beabsichtigt Maßnahmen, um den Überseefrachtenverkehr von der Elbe und Hamburg weg nach Triest zu lenken. In Elbschiffahrts- und Handelskreisen Nordböhmens herrscht über den Plan lebhafte Erregung, da die deutschböhmischen Umschlagplätze dadurch sehr bedroht sind.

Frankreich. Die plötzliche Kriegserklärung Montenegros überrascht in Paris und beweist, daß die Balkanstaaten nicht Reformen wollen, sondern den Krieg, welcher ihnen Landerwerb verschaffen soll. Besonders peinlich berührt hier die Tatsache, daß gerade Montenegro, welches völlig von Rußland abhängt, die Friedenspläne Sasjonows so ostentativ durchkreuzt.

Rußland. Der Ausbruch des Balkankrieges wird in Petersburg äußerst ruhig beurteilt. Die nachmittags eingetroffene Meldung weckte lebhaftes Interesse, blieb jedoch ohne alarmierenden Eindruck. Die unterrichteten politischen Stellen erwarten von der Einhelligkeit des Vorgehens der Großmächte baldige Beendigung der Kriegswirren. Die mit der hamburgischen Werft Blohm u. Voß vereinigten Petersburger Putilowwerke erhalten eine Bestellung auf 2 Panzerkreuzer und 8 Torpedoboote im Gesamtbetrage von 40 Millionen Rubel. Zwei weitere Kreuzer wurden der Revaler Privatwerft Parwainen übertragen.

England. Die Regierung hat im Unterhause den Antrag über den Zeitplan, nach dem die Homerulebill beraten werden soll, eingebracht. Für die Kommissionsberatung sind 25 Tage, für die Debatte über den Kommissionsbericht 5 Tage und für die dritte Lesung 2 Sitzungstage angesetzt. Der Vorsitzende der Kommission hat das Recht, die Amendements auszuwählen, die an den einzelnen Sitzungstagen zur Diskussion kommen sollen.

Spanien. Der normale Dienst ist auf allen Eisenbahnnetzen wiederhergestellt mit Ausnahme des Südnetzes, wo die Ausständigen ihre Forderungen, betreffend die Aufhebung der Versetzung eines Werkmeisters und die Forderungen höherer Löhne aufrechterhalten, denen sich die Gesellschaft aus Gründen der Disziplin und aus finanziellen Rücksichten widersetzt.

Persien. Nach dem am Montag veröffentlichten neuen Regierungsprogramm beabsichtigt die persische Regierung, das Parlament wieder zu eröffnen, einen Punkt am Kaspischen Meer oder in der Provinz Asserbeidschan mit dem Persischen Golf durch eine mit internationalem Kapital zu bauende Eisenbahnlinie zu verbinden, ein Heer von 28 000 Mann zu organisieren und Rußland und England um einen Vorschuß von 200 000 Pfund Sterling zu ersuchen. — Das letztere ist natürlich die Hauptsache. — Jar Mohamed Khan, ein angesehener Fidai, der kürzlich zu Salar ed Dauleh übergegangen ist, ist, wie schon gestern erwähnt, in der Nähe von Kermanschah bei einem Zusammenstoß mit Regierungstruppen gefallen. Der Sieg der Regierungstruppen war vollständig. Die Aufständischen hatten mehr als 300 Tote und Verwundete. 150 Mann wurden gefangen genommen und vier Geschütze erbeutet. Die Verluste der Regierungstruppen waren unbedeutend.— In einem Dorfe in der Nähe von Choi wurde ein Fidai entdeckt, der auf die Eskorte des russischen Konsuls gefeuert hatte. Der Konsul ließ das Haus umstellen und beschießen. Herbeigeholte Mineure sprengten schließlich das Haus in die Luft. Der Fidai feuerte ununterbrochen und tötete den Anführer der Perser. Endlich wurde der Fidai ergriffen.

China. Tangschaoyi hat in Tientsin die Verhandlungen mit dem belgischen Syndikat wegen einer Anleihe wieder aufgenommen. Der frühere Premierminister Lutschenghsiang hat mit einer französischen Firma Verhandlungen über kleinere Anleihen angeknüpft.

Deutschland.

Berlin, 9. Okt. Nach der Ankunft des Kaiserpaares in Königberg i. Pr. begab sich gestern der Kaiser zur Kaserne des Grenadier Regiments König Friedrich Wilhelm I. (2 Ostpreußisches), wo er, wie angekündigt, das Frühstück im Kreise der Offiziere einnahm. Die Straßen Königsbergs trugen reichen Flaggenschmuck. Auch die Schiffe im Hafen hatten über die Toppen geflaggt. Die Kaiserin begab sich mit der Prinzessin Viktoria Luise nach dem Dom, den sie besichtigten. Sie verweilte darauf kurze Zeit im Schloß und nahm dann den Tee im Kreise der Familie des Oberpräsidenten von Windheim. Das Publikum begrüßte die kaiserliche Familie überall herzlichst. Um 3 Uhr 15 Min. wurde die Fahrt nach Cadinen fortgesetzt, wo die Ankunft um 5 Uhr 25 Min. erfolgte. Zum Empfang auf dem Cadiner Bahnhofe waren u. a. Landrat Graf v. Posadowski und Geheimrat v. Etzdorf erschienen. Der Kaiser, die Kaiserin, Prinzessin Viktoria Luise und Prinz Joachim begaben sich hierauf mit Gefolge in Automobilen nach dem Gutshaus. — Das Kronprinzenpaar ist gestern abend um 11 Uhr 15 Min. vom Bahnhof Friedrichstraße nach Danzig zurückgereist. Die Prinzen Söhne verbleiben bis auf weiteres noch im Marmorpolais in Potsdam.

— (Ein offizieller Zentrumskandidat unterlegen) Bei der Oldenburger Landtagsersatzwahl in Friesoythe erhielt der offizielle Zentrumskandidat Bitter-Friesoythe 1171 Stimmen, ein anderer Kandidat des Zentrums, Landmann Pekeler aus Elisabethfehn 1848 Stimmen. Dieser ist also gewählt.

— (Aus den Kolonien.) Wie dem „Deutschen Telegraphen" aus Neukamerun gemeldet wird, ist der von Oberleutnant Graetz geführten deutschen Motorbootexpedition durch Afrika zur Erforschung von Neukamerun ein ernster Unfall zugestoßen. Graetz wollte den Dschafluß zwischen Süd- und Neukamerun in seinem Oberlauf auf seine Schiffbarkeit erkunden und das rechte zu Deutschland gekommene Ufer besuchen. Das Motorboot „Hygiama" rannte auf eine Klippe im tiefen Fluß und erlitt Schiffbruch. Menschen und Boot kämpften eine ganze Nacht um ihre Rettung, die endlich gelang. Die Havarie ist ernst, die Reparatur jedoch möglich. Oberleutnant Graetz hofft, nach zwei Wochen seine Expedition durch Neukamerun fortsetzen und die Durchquerung Afrikas im Motorboot beenden zu können.

— (Truppentransport nach der westafrikanischen Küste) Mit dem am Mittwoch von Hamburg abgehenden Dampfer „Eleonore Woermann" werden die Ablösungsmannschaften für die an der westafrikanischen Küste stationierten Kanonenboote „Eber" und „Panther" nach Afrika befördert. Die Landung erfolgt in Duala am 2. November.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Reklameteil.

Mach' keine Witze, mein Sohn!

Du darfst mich morgen einfach nicht im Stich lassen, denn ich habe keinen Menschen, der in der Versammlung so reden könnte, wie du. Dein Zustand ist ja freilich miserabel, aber hab' die Gewogenheit, mich einmal für dich sorgen zu lassen. Ich schicke dir nachher zwei Schachteln Fays Sodener Mineral-Pastillen. Davon nimmst du zweistündlich 6 Stück in heißer Milch, zwischenein lutschst du ein paar und ich garantiere dafür, daß du morgen vollständig in Ordnung bist. Überall erhältlich, Schachtel 85 Pfg. Nachahmungen weise man unbedingt zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0003

Diese Woche besonders billiges Angebot in Gardinen, Portieren etc.

Einzelne Fenster Gardinen, Stores, Halbstores und Portieren-Garnituren

in einfacher und eleganter Ausführung

sind im Preise **bis um 25 Prozent ermässigt** und gesondert ausgestellt.

Kaufhaus Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 8.

Rheinperle Solo

Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen

feinste Butter

Rheinperle und Solo

sind in Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger. Ueberall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinsen, G. m. b. H., Goch (Rhld.)

Bellevue.

Von jetzt an **jeden Mittwoch** nachm. von ½5—7 Uhr

:: **Extra-Konzert** ::

ausgeführt von der **Stadt-Kapelle.**

(Dir.: **E. Horschler.**)

Eintr. frei. Progr. 10 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

H. Eilenberger.

Deutscher Kaiser.

Donnerstag

Schlachtefest.

Dauers Restauration.

Heute Donnerstag

Schlachtefest.

Zimmerleute

suchen

Rich. & H. Jurisch, Leipzig-Gohlis, Aeuß. Hallische Str. 161.

Einen Knecht

sucht sofort **Oberbeuna 11.**

Arbeiter sucht

R. Hetzscholdt, Lindenstraße 1.

„Wenn Sie von hartnäckigen

Flechten,

juckenden Hautausschlägen usw. geplagt sind, so daß der Hautreiz Sie nicht schlafen läßt, bringt Ihnen Zuckers „**Saluderma**" rasche Hilfe." Aerztl. warm empf. Dose 50 Pf. u. 1 M. (stärkste Form) bei **R. Kupper u. W. Kieslich,** Drog.

Für Kinder

ist die **beste Kinderseife,** da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut:

Bergmanns Buttermilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. a Stck. 30 Pf. bei **W. Fuhrmann, Wilh. Kieslich, Fr. Frz. Herrfurth, Franz Wirth.**

Zu Mähein: in der Apotheke.

Feuerzeuge

von 35 Pfg an.

Hans Käther

Markt 20.

Zoolog. Handlung

Schmale Straße 9.

Zier- und Goldfische eingetroffen.

Aquarien und Vogelkäfige.

Alle Sorten Vogelfutter, Hundekuchen und getrocknetes Fleisch.

Nähmaschinen

werden schnell u. auf **repariert** bei **L. Albrecht,** Schmale Str. 14.

Billige, gesunde, schmackhafte Küche mit

MAGGI's Würze, Suppen, Bouillon-Würfeln.

Stets frisch zu haben bei Carl Eckardt Inh. F. G. Kundt Gotthardtstr. 42

Der beste Beweis, dass

Ritter Flügel Pianos

auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit angelangt sind, ist die Verleihung des

:: Grand Prix, Turin 1911 ::

Filiale Merseburg. Obere Burgstrasse. Vertr.: Rud. Meckert

Sonnabend den 12. d. M. steht im **Gasthof Stadt Leipzig** eine Auswahl

Gebrauchs-Pferde

desgleichen 2½ jährige

dänische Fohlen.

J. B. Adolf Strehl, Pferdehändler.

Pallabona unerreichtes trockenes

Haarentfettungsmittel macht die Haare locker, und leicht zu frisieren, verhindert das Auflösen d. Frisur, verleiht feinen Duft, reinigt die Kopfhaut. Ges. geschützt, ärztl empfohlen. Dosen zu Mk. **1,50** und Mk. **2,50** bei **Damenfriseuren u. Parfümerien**

Hausschlachten

wird angenommen.

R. Sternberg, Leunaer Str. 30.

Männer-Turn-Verein.

Männer-Riege

Donnerstag abend Zusammenkunft.

Die diesjährige

VI. Quartalversammlung

findet Sonntag den 13. Oktober, nachm. 4 Uhr, im „Tivoli" statt. Das Erscheinen sämtlicher Kameraden ist erwünscht.

Das Direktorium.

Groß-Kayna.

Sonnabend den 12. Okt. 1912, von 8 Uhr an,

Konzert

von der Kapelle des 4. Thür. Inf.-Rgts. Nr. 72 aus Torgau, unter persönl. Leitung des Kgl. Musikmeisters **J. Breckau.**

Nach dem Konzert Ball.

Hierzu laden freundlichst ein

E. Dose. J. Breckau.

Zur Bedienung meiner Beleuchtungs-, Heizungs- und Fahrstuhlanlage wird

geeignet. Kraft

gesucht, die auf diesen Gebieten durchaus erfahren ist und schon ähnliche Stellen bekleidet hat. Schriftl. Meldungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit u. Gehaltsforderung erbeten von

Otto Dobkowitz, Entenplan 8.

Junger Laufbursche

per sofort gesucht

Otto Dobkowitz.

Arbeitsmädchen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Peitschenfabrik Weißenfelser Straße 18.

Frau als Aufwartung

gesucht **Burgstraße 12, I.**

Eine Aufwartung

sucht zum 15. Oktober Frau **Krahmer,** Gotthardtstr. 18.

Aufwartung

sofort oder 15. Oktober gesucht **Hallesche Straße 36, I.**

Sense liegen geblieben. Finder wird gebet., selb. g Beloh. abzug. Gastw. **Schmidt,** Meuschau.

Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Nr. 238. Donnerstag den 10. Oktober 1912.

Zur Fleischteuerung.

In der Fleischnotkonferenz im Ministerium des Innern, über die noch kein offizieller Bericht ausgegeben worden ist, machten die Vertreter der Großstädte, wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, mit allem Nachdruck geltend, daß die Anordnungen der Regierung, so wohlgemeint sie sein mögen, in keiner Weise dem herrschenden Notstande gegenüber zureichen. Welche weitergehenden Anordnungen insbesondere die Vertreter Berlins und seiner Vororte für dringend geboten erachten, ergibt sich aus ihrer umfassenden Eingabe. Diese Forderungen fanden auch in der Konferenz energische Begründung. Die Debatte erstreckte sich dann darauf, was im Rahmen der von dem Staatsministerium bereits gefaßten Beschlüsse noch geschehen könnte und wie die Ausführung dieser Beschlüsse zu gestalten sei. Positives hat die Konferenz, die nur einer Aussprache dienen sollte, vorläufig nicht ergeben. Im übrigen werden die Städte auf dem Düsseldorfer Preußischen Städtetage sich weiter mit dieser Angelegenheit befassen.

Die Landwirtschaftliche Provinzial-Genossenschafts-Kasse für Brandenburg hat zur Erörterung über die Frage einer Ermäßigung der Fleischpreise durch Mitwirkung des Genossenschaftswesens an 28 Magistrate und Fleischerinnungen von märkischen Städten bereits vor einiger Zeit Einladungen ergehen lassen, auf welche die meisten Städte und ebenso auch einige Fleischerinnungen ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den Beratungen erklärt haben. Die Provinzial Genossenschafts-Kasse umfaßt 600 Genossenschaften mit 40000 Mitgliedern. Die Beratungen werden bereits in der nächsten Zeit beginnen.

*

Der Bund der Festbesoldeten hat am Sonntag in Berlin eine große Versammlung der Unterbeamten und Privatangestellten abgehalten, in der eine Resolution einstimmig angenommen wurde. Es heißt in ihr: „Die Versammelten beauftragen daher den Bund der Festbesoldeten, unverzüglich mit allem Nachdruck bei den Regierungen, Volksvertretungen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen und den privaten Arbeitgebern dafür einzutreten, daß unsere gesamte Wirtschaftspolitik derart umgestaltet wird, daß es auch den festbesoldeten Schichten des Volkes möglich ist, mit dem ihnen zu Gebote stehenden Einkommen eine angemessene Lebenshaltung führen zu können, und daß die Einkommensverhältnisse der Pensionäre, Reichs-, Staats-, Kommunal-Beamten und Beamtinnen, der Lehrer und Lehrerinnen sowie der Privatangestellten den veränderten Preisverhältnissen angepaßt werden und, um der dringenden Not zu begegnen, schleunigst Notstandszulage bewilligt werden.“

*

Die Handelskammer zu Hildesheim hat in ihrer letzten Sitzung mit Bezug auf den in Aussicht genommenen Notstandstarif für Futtermittel beschlossen, an den Handelsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten einen Antrag zu richten, daß der Notstandstarif allgemein zur Anwendung gelangt und nicht bloß für Sendungen in überwiesener Fracht. Der Zweck des Notstandstarifs ist die Erleichterung der Viehhaltung durch billigeren Bezug von Futtermitteln und damit gleichzeitig Hebung der bestehenden Fleischnot. Es erscheint erforderlich, daß gerade den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, welche ganze Wagenladungen nicht beziehen können, der Notstandstarif zugute kommt, was nach Ansicht der Kammer im vollen Maße nur der Fall ist, wenn die Frachtvergütung auch dem Handel gewährt wird, von welchem die kleineren Partien beziehen.

*

Verbesserung der Statistik der Kleinhandelspreise für Fleisch. Man schreibt uns: Bei den Erörterungen über die herrschende Fleischnot ist auch die gegenwärtige Ermittelung der Preise im Fleischkleinhandel wiederum bemängelt worden, weil dadurch ein zutreffendes Bild über die Marktlage im Fleischhandel für die verschiedenen Landesteile nicht gewonnen werden könnte. Da diese Klagen keineswegs unberechtigt sind, findet gegenwärtig durch umfangreiche Ermittelungen eine Prüfung des angewandten Verfahrens statt. Man darf annehmen, daß bis zum Ende dieses Jahres die Ermittelungen abgeschlossen sein werden, so daß sich dann übersehen läßt, ob eine Einheitlichkeit in der Notierung der Kleinhandelspreise erzielt werden kann, die zugleich zuverlässige Angaben liefert. Die Erhebungen werden angestellt durch einen Vertreter des Statistischen Landesamts, Oberregierungsrat Kühnert und durch Ökonomierat Burckhardt vom Preußischen Landes Ökonomie-Kollegium. Im Auftrage des Landwirtschaftsministeriums haben beide Herren bereits eine Anzahl von Städten bereist und dort an Ort und Stelle das bei der Ermittelung der Kleinhandelspreise für Fleisch geübte Verfahren geprüft. In der nächsten Zeit werden die Erhebungen noch auf eine Reihe anderer Orte ausgedehnt. Die Notwendigkeit einer Einheitlichkeit in der Preisnotierung ist wiederholt im Reichstag und den Landtagen der Bundesstaaten erörtert worden. Besonders störend hat sich das unzureichende Verfahren beim Handel mit Schweinefleisch erwiesen, weil andauernd eine erhebliche Spannung zwischen den Schweinepreisen und den Fleischpreisen zu beobachten ist. Das Schlächtergewerbe führt diese Spannung lediglich auf die jetzt angewandte Methode der Preisermittelung zurück.

*

Die Teuerungskommission der Stadt Spandau hat beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, 6000 Mark für den Ankauf von Seefischen zur Verfügung zu stellen. Diese sollen allwöchentlich einmal auf dem Wochenmarkt zu billigen Preisen verkauft werden. Den Verkauf übernimmt der Inhaber der Norddeutschen Seefischereigesellschaft gegen einen geringen Preisaufschlag. Weiter soll den Kaninchenzüchtern ein größeres Terrain kostenlos zur Verfügung gestellt und ihnen Futter aus dem Städtischen Gute Wanstorf zum Selbstkostenpreis überlassen werden. Man hofft, durch diese Maßnahmen das Kaninchenfleisch zu 45 Pfennig das Pfund in den Handel bringen zu können.

Metz, 6. Oktober. Die Stadt Metz bewilligte 40000 Mark, die zum Einkauf von frischem Fleisch und lebendem Vieh aus Holland bestimmt sind.

Deutschland.

— (Von einem „Wahlrechtsraub sächsischer Freisinniger) fabelte dieser Tage der „Vorwärts“. Er schrieb, die Freisinnigen in Plauen machten die geplante Stadtverordnetenwahl-Verschlechterung mit, die der Oberbürgermeister vorhabe, der an Stelle des Listen-Wahlrechts ein die Reichen begünstigendes Fünfklassen-Wahlrecht schaffen wolle. Ein freisinniger Stadtverordneter, Rechtsanwalt Dr. Scheuffler, habe einen Gegenentwurf eingebracht, der den Entwurf des Oberbürgermeisters noch übertrumpfe. Die freisinnigen Stadtverordneten unterstützten diesen Entwurf, der einem Teil der Bürger ein Mehrstimmrecht geben wolle. Sie hätten sich bis jetzt öffentlich als Verfechter des bestehenden Wahlrechts aufgespielt, dabei arbeiteten sie heimlich schon lange im Sinne des Oberbürgermeisters. An der Spitze des Plauener Kommunalfreisinns stehe der Abg. Günther. Diese Mitteilung ist, wie wir hierzu erklären wollen, in allen wesentlichen Teilen unzutreffend. Um an Stelle des vom Oberbürgermeister Dr. Dehne dem Stadtverordneten-Kollegium in Plauen vorgelegten Fünfklassenwahl-Gesetzes einen anderen minder plutokratischen Vorschlag zu machen, brachte der nicht freisinnige Stadtv. Rechtsanwalt Dr. Scheuffler einen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl mit Pluralwahlrecht (bis zu 3 Stimmen) ein. Damit der Antrag zur Beratung kommen könne, wollten eine Anzahl Stadtverordneter verschiedener Parteirichtungen ihn unterstützen, ohne sich damit sachlich zu binden. Der Antrag kam alsdann aber ohne diese Unterstützung an den Rechts- und Verfassungsausschuß, wo er von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit, die sich für die Vorlage des Oberbürgermeisters engagiert hatte, zur Vorberatung gar nicht zugelassen, sondern kurzer Hand abgelehnt wurde. Abg. Günther hat sich als Gegner der vorgeschlagenen Pluralstimmen erklärt und ist Führer der Opposition gegen den Fünfklassenwahl-Entwurf.

— (Die Konservativen sollen katholisch werden.) Nachdem die „Germania“ bereits zweimal die „edleren“ Elemente des Protestantismus aufgefordert hat, katholisch zu werden, veröffentlicht jetzt auch der Zentrumsabg. Dr. Jaeger in der „Münch. Allg. Rundsch.“ einen Artikel, in dem er den Konservativen zuruft, man könne nicht konservativ sein, wenn man den Katholizismus ablehne und bekämpfe: „Auch der Protestantismus sollte einsehen, daß er vielfach auf falschen Voraussetzungen beruht, über welche die Wissenschaft längst hinweggeschritten ist. Seine Trennung von der katholischen Kirche schuf sich ihre theologische Begründung in einer neuen Rechtfertigungslehre, und gerade diese ist von der ernsten protestantischen Theologie längst aufgegeben. Die Theologie ist synergistisch geworden, d. h. sie hat erkannt, daß die wahrhaft evangelische Lehre nicht die Rechtfertigung durch den Glauben allein, sondern die katholische Lehre ist, daß der Glaubende durch Werke zu seiner Rechtfertigung mitwirken muß. Das bedeutet grundsätzlich die Rückkehr zur katholischen Auffassung. Die Not des Vaterlandes erfordert Männer, die den Mut haben, das offen dem protestantischen Volke zu sagen!“ Vielleicht folgen die Hörigen des Zentrums, voran der Sonntagsprediger der „Deutschen Tagesztg.“, Dr. Oertel, der Aufforderung und kehren zur katholischen Auffassung zurück.

— (In der Stadt Gera) hat der sozialdemokratische Gemeinderat die Mehrheit. Als jüngst ein neues

Schatten.

Kriminalroman von Isidore Kaulbach.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine gewaltige Erregung ergriff ihn. Die Erzählung Irmgards von der dunklen, scheinbar schwarzgekleideten Frauengestalt, die diese abends in Rehses Garten erblickt hatte, wachte in seiner Erinnerung auf, gewann Beziehung zu dieser neuen überraschenden Erscheinung und weckte hundert unbeantwortete Fragen. Eine schattenhafte Gestalt dort im Garten — eine gleiche Gestalt an dem frischen Grabe des Ermordeten! Wenn hier eine Spur des Verbrechers zu finden wäre!

Mellin lief auf die Straße; er spähte umher, ob er die Erscheinung nicht irgendwo entdecken könnte; er hoffte, sie wiederzuerkennen, trotzdem er ihr Gesicht nicht gesehen und selbst die schwarze Gestalt nur flüchtig mit den Blicken umfaßt hatte. Die Linien dieser schlanken Figur hatten sich in sein Gedächtnis eingeprägt; doch in der zunehmenden Dunkelheit, wo die Laternen schon ihren hellen Schein auf die Straße warfen, erblickte er nur ein paar Arbeiter, die nach der Stadt zu gingen; eine elektrische Bahn verschwand eben im Bogen der Unterführung, und eine Droschke zweiter Klasse rumpelte schwerfällig über das Pflaster. Enttäuscht kehrte Hans noch einmal zum Friedhofe zurück. Er suchte den Totengräber in seinem Häuschen auf und fragte ihn, ob vielleicht vor einer halben Stunde eine schwarzgekleidete Dame bei ihm gewesen sei, mit einem Waldkranze in der Hand, die sich nach Herrn Rehses Grab erkundigt habe. Aber weder der Totengräber noch der Gärtner, den er ebenfalls aufsuchte, vermochten ihm Auskunft zu geben. Mißmutig beschloß er endlich heimzufahren und sprang auf die Plattform der nächsten Trambahn, die vorüberlaufte.

4. Kapitel.

Einige Tage nach dem Begräbnisse Rehses saß Frau von Mellin am Fenster ihres Wohnzimmers. Die Handarbeit lag in ihrem Schoße; sie schaute mit matten Augen in das Schneegestöber hinaus, das wie mit wogenden Schleiern die Straße verhüllte. Es litt sie nicht lange auf ihrem Platze. Sie legte das Strickzeug auf den Nähtisch und wickelte langsam den Faden auf; die nervöse Schwäche in ihren Händen war so groß, daß das Knäul ihr entglitt und auf den Boden rollte. Seufzend bückte sie sich, um es aufzuheben. Es wurde ihr schwer. Die kleinste Mühe verursachte ihr jetzt Schwindel und trieb ihr Schweißperlen auf die Stirn.

Ihr Sohn trat ins Zimmer, zum Ausgehen gerüstet. Er umfaßte die zarte Gestalt seiner Mutter und drückte sie an sich.

Du willst fortgehen, mein Sohn?

Ja, Mutter, du weißt, um elf Uhr ist die Testamentseröffnung.

Sie legte die Hand an die schmerzende Stirn: Man wird dich nach dem Kodizill fragen? stieß sie erregt hervor.

Er schlug mit der Hand durch die Luft: Ja, mein Gott, rief er heftig — ich darf es mir nicht vorstellen. Mir graut vor dieser Sitzung.

Sie erhob sich mühsam von ihrem Platze und warf sich an seine Brust. Mein Sohn, kam es zitternd von ihren Lippen, es muß — es wird sich wiederfinden.

Oder es ist vernichtet von dem, der es entwendet hat, sagte er aufgeregt, sonst hätten die Polizeibeamten, die ich mit der Nachforschung beauftragt habe, es längst entdeckt. Es hilft nichts, ich muß gehen. Lebe wohl, Mutter.

Zärtlich schloß sie ihn noch einmal in die Arme. Mit sanfter Gewalt schob er sie von sich und eilte fort.

Zu seiner Erleichterung war in dem Raume, wo die Testamentseröffnung stattfand, niemand zugegen als der Amtsgerichtsrat und der protokollführende Referendar.

Nach gegenseitiger Begrüßung nahmen die drei Herren ihre Plätze ein. Der Amtsgerichtsrat rückte seinen Kneifer auf der breiten Nase zurecht und prüfte umständlich die Siegel des Testaments. Nachdem er diese unversehrt gefunden hatte, öffnete er das Testament und begann die Vorlesung. Da der Verstorbene keine näheren Verwandten mehr besaß, hatte er für milde Stiftungen große Summen ausgesetzt und den Erlös aus dem Verkauf der Villa für Krankenhäuser bestimmt. Seine langjährigen Dienstboten, vor allem sein Hausmeister August Pettinger waren reichlich bedacht.

Der Rechtsanwalt saß, den Ellbogen aufs Knie gestützt, den Kopf in der Hand haltend auf seinem Platze und folgte nervös gespannt der Verlesung des Schriftstücks. Plötzlich ging ein Zucken über sein Gesicht; er richtete sich auf und beugte den Oberkörper weit vor. Der Amtsgerichtsrat las: Meiner Gesellschafterin Irmgard Weber, die mich mit Treue und Hingebung gepflegt hat und im Laufe der Jahre meinem Herzen teuer geworden ist wie eine Tochter, vermache ich den Rest meines Vermögens, hunderttausend Mark.

Ohne sich zu unterbrechen, fuhr der Amtsgerichtsrat im Lesen der folgenden Paragraphen des letzten Willens fort:

Unter meinen Schmucksachen und anderen Wertgegenständen soll sich Irmgard Weber dasjenige auswählen, was sie am liebsten besitzen möchte. Der Rest soll ebenfalls verkauft und der Erlös dem Armenhause gespendet werden.

Der Amtsgerichtsrat faltete das Schreiben zusammen, legte es vor sich hin und ließ den Kneifer fallen. Er wandte sich nach Mellin um, der stumm und mit abwesendem Gesichtsausdruck auf seinem Platze saß.

Nun, Herr Rechtsanwalt? Was sagen Sie?

Wie? fragte Hans, mit der Hand über seine Augen streichend, als habe ihn jemand aus schwerem Traume aufgerüttelt.

Was halten Sie von diesem Testamente? Ist es nicht auffallend, wie reich dieses Fräulein Weber bedacht worden ist?

Sie hat den Kommerzienrat mit Aufopferung gepflegt, antwortete Hans ausweichend.

Kennen Sie die Dame?

Ja, ich kenne sie.

So, Sie kennen sie. Halten Sie sie für schuldig?

Nein, ich werde ihre Verteidigung übernehmen, sagte Mellin.

Dieses Testament wird für den Herrn Untersuchungsrichter von großem Interesse sein.

Hans schwieg; mit keiner Miene verriet er den Argwohn gegen Irmgard, der sich in sein Herz hineinbohrte. Der Amtsgerichtsrat beobachtete ihn forschend durch die funkelnden Gläser seines Kneifers.

Nun — und haben Sie, Herr Rechtsanwalt, das Kodizill, dessen Vorhandensein ein Schein bestätigt, der sich im Nachlaß Herrn Rehses fand — ist das Schriftstück zur Stelle?

Nein, Herr Amtsgerichtsrat.

Der Kneifer schnellte von der Nase des rundlichen Herrn, der sich nicht leicht zu erregen pflegte, doch nun hitzig fragte: Nein? Erlauben Sie gefälligst, mein Herr Rechtsanwalt — das Schriftstück muß vorhanden sein — bei Ihnen vorhanden sein . . .

Über Hans kam eine starre Ruhe; im Augenblicke der Entscheidung löste sich die furchtbare Spannung in ihm.

Das Kodizill ist mir auf unerklärliche Weise aus meinem Geldschrank abhanden gekommen, berichtete er; die Polizei ist benachrichtigt, und die Nachforschungen sind im Gange.

War Ihnen der Inhalt des Schriftstücks bekannt? forschte der Gerichtsrat.

Nein.

So — so, also nicht. Das ist ja eine höchst unangenehme Überraschung, Herr Rechtsanwalt, die Sie uns da bereiten. Ein Kodizill — ein so wichtiges Papier — abhanden gekommen — ich bitte Sie! Unbegreiflich! Unverzeihlich! Was ist zu tun? Eine Abschrift gibt es nicht — nein? Also nicht. So, so. Dann werden wir abwarten müssen, was die Polizei ausrichtet. Wir werden zu anderen Dingen übergehen. Ich empfehle mich Ihnen, Herr Rechtsanwalt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0005

Ortsstatut über die Verteilung der Einquartierungslasten in Gera beschlossen wurde, legte die Sozialdemokratie darin fest, daß Geschäftsleute, über deren Geschäfte das Militärverbot verhängt wird, von der Einquartierung befreit sein sollen. Das fürstliche Ministerium hat diese Bestimmung beanstandet.

Provinz und Umgegend.

† Zeitz, 8. Okt. Der Mitteldeutsche Stenotachygraphen-Verband Sachsen-Anhalt-Thüringen hielt am 5. und 6. Oktober unter großer Beteiligung hier seinen 3. Verbandstag ab. Schon am Sonnabend waren die Vertreter der einzelnen Vereine erschienen, um zu einer Delegiertensitzung zusammenzutreten und über innere Angelegenheiten zu verhandeln, worauf ein fröhlicher Kommers die Sitzung beschloß. Am Sonntag vormittag fand Punkt ½10 Uhr im Hotel „Preußischer Hof", nachdem aus dem ganzen Verbandsgebiet eine weitere Anzahl Mitglieder erschienen waren, das Wettschreiben in den Abteilungen von 300—400 Silben statt. Es hatte eine Beteiligung wie nie zuvor, und war solche besonders in den höchsten Abteilungen auffallend groß. Um ½10 Uhr eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Hauptlehrer Reinhold-Weißenfels, die Hauptversammlung und gedachte zunächst in ehrenden Worten des verstorbenen ersten Vorsitzenden Jumme-Halle. Hierauf folgte der Jahresbericht, der in allen Teilen sehr erfreulich war. Es wurden im vergangenen Jahre sechs neue Vereine gegründet und die Mitgliederzahl hat um 335 zugenommen. Den Kassenbericht stattete Hoffmann-Eisleben ab. Sodann wurden die zahlreich eingelaufenen Anträge verhandelt und über Propagandamaßnahmen eingehend gesprochen. Zum Schluß fand die Vorstandswahl statt mit folgendem Ergebnis: Hauptlehrer Reinhold-Weißenfels erster Vorsitzender, Fabrikbesitzer Kirchhoff-Zeitz zweiter Vorsitzender, Kassierer Magistratssekretär Hoffmann-Eisleben, Kaufmann Opitz-Zeitz erster Schriftführer, Techniker Conrad-Halle zweiter Schriftführer; Beisitzer: Magistratssekretär Mangand-Naumburg, Pol.-Assistent Gorgau, Kaufmann Christian-Magdeburg. Während des abends stattfindenden Stiftungsfestes der Stenot. Gesellschaft Zeitz wurde das Ergebnis des Wettschreibens bekanntgemacht: 1. Preis erhielten in 275—300 Silben: Reinhold-Weißenfels, Pootzsch-Zeitz; 230—250 Silben: Schöbe-Halle, Christian-Magdeburg; 200—220 Silben: Gröbe-Krossen, Dittrich-Osterfeld, Scharr-Zeitz; 180 bis 200 Silben: Eifrig-Torgau, Fischmann-Halle, Röder-Halle; 160—180 Silben: Krone-Bitterfeld, Wintel-Bleichrode; 130—150 Silben: Schumann-Zeitz, Neue-Torgau, Gosen-Torgau, Scheury-Halle usw.

† Calbe (Saale), 8. Okt. Der 15jährige Kontorlehrling Hermann Anders aus der hiesigen Wollwarenfabrik Capelle erhob mit gefälschter Anweisung von der Mitteldeutschen Privatbank, Filiale Calbe, 10000 Mk. und verschwand damit. Er konnte trotz eifriger Nachforschungen noch nicht aufgefunden werden.

† Aken, 8 Okt. Die Biber bei Aken und Steckby haben, wie der bekannte Biberforscher Amtmann Max Behr mitteilt, leider abgenommen. Es scheint, daß von dem vorjährigen Bestand von 6 Bibern nur noch 2 Stück vorhanden sind. Der alte Biberbau am Hornhafen bei Aken, der sonst alljährlich junge Biber hatte, ist verlassen. Schritte konnten nur ganz vereinzelt von einem vorjährigen Biber aufgefunden werden. Weitere Erkundungen werden feststellen, ob sich Biber in die Seen des Löddericzer Forstes zurückgezogen haben.

† Leopoldshall, 8. Okt. In das hiesige Krankenhaus eingeliefert wurde gestern gegen Abend der 27jährige unverheiratete Bahnarbeiter Bierschenk. Er war beim Rangieren auf der Station zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen geraten, die ihm erhebliche innere Verletzungen zufügten.

† Köthen, 8. Okt. Auf der benachbarten Domäne Pfassendorf kletterte gestern nachmittag der Arbeiter Röder aus purem Übermut während der Vesperpause an einem Leitungsmast der elektrischen Überlandzentrale in die Höhe. Beim Berühren der Leitung trug er Brandwunden an der Hand davon, gleichzeitig erhielt er aber einen heftigen elektrischen Schlag, so daß er von dem 7 Meter hohen Maste abstürzte. Er erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er sofort dem hiesigen Kreiskrankenhause zugeführt werden mußte, wo er gestern abend bereits gestorben ist.

† Helmstedt, 7. Okt. Unter großen Opfern hat die Stadt am Lappwalde ein Wasserwerk errichtet, das auch gutes Trinkwasser liefert. Aber seit einem Jahre etwa zeigt sich ein allmähliches Sinken des Wasserspiegels, weshalb man im Lappwalde Bohrungen nach neuen Wasserquellen unternahm, leider ohne Erfolg. Die Stadt hat nun den Ankauf der Grube Weichsel, der früheren Wasserversorgungsstelle vom Bahnhof Helmstedt, beschlossen, um gegebenenfalls das dort befindliche, gutes Wasser liefernde Bohrloch durch das Kohlengebirge zu treiben. Vorläufig wartet man ein Gutachten des Königlichen geologischen Instituts in Berlin über unsere Wasserverhältnisse ab.

† Halberstadt, 8 Okt. In der hiesigen bekannten Wurstfabrik von Christian Förster sind gestern gegen 100 Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern Einführung eines festen Lohnsatzes und Verkürzung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter 10½ und für weibliche auf 10 Stunden. Der Betrieb der Fabrik kann noch aufrecht erhalten werden.

† Nordhausen, 8. Okt. Gestern abend brach auf dem Boden eines Hauses am Lutherplatz infolge Explosion einer Flurlampe ein Brand aus, der schnell um sich griff und den Dachstuhl sowie den auf dem Hause befindlichen Aussichtsturm stark beschädigte. Auf dem Boden befanden sich große Vorräte von Schuhwaren, die zum Teil vernichtet wurden. Die Feuerwehr wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit Herr des Feuers. Durch die Wassermassen hat auch die 2. Etage sehr gelitten. Der Schaden wird auf mehrere tausend Mark geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt. — Gegen ½10 abends wurde die Feuerwehr abermals alarmiert. In der Restauration Stadt Hannover brannte ein Fremdenzimmer aus. Das Feuer war dadurch entstanden, daß eine Küchenlampe zu nahe an der Decke aufgehängt worden war. Infolgedessen brannte die Decke durch und das Feuer ergriff die Einrichtung des darüber liegenden Fremdenzimmers.

† Weimar, 8. Okt. Der Kaiser trifft am 24. Oktober hier ein. Es findet zunächst eine Hofjagd in Ettersburg statt. Am 25. Oktober abends findet die Taufe des Erbgroßherzogs im großherzoglichen Residenzschlosse zu Weimar statt. Weiter werden noch dazu erwartet Prinz Heinrich der Niederlande, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein und Prinz Albert von Sachsen-Weimar.

† Eisenach, 7. Okt. In einem Eisenacher Goldwarengeschäft in der Karlstraße ließ sich am Sonnabend nachmittag ein junger Mann Schmucksachen vorlegen. Der Fremde ging und hatte nichts gekauft, doch bemerkte die Frau des Geschäftsinhabers, daß für 700 Mark Pretiosen fehlten. Die sofort mobilgemachte Polizei konnte den Gauner gerade festnehmen, als er mit dem D-Zug nach Frankfurt a. M. fahren wollte. Allerhand Legitimationspapiere, die er bei sich trug, bewiesen, daß er schon in den meisten Hauptstädten Europas „gearbeitet" hatte, Willy Schmoll hieß und aus Hasserode stammt. Die Polizisten aber, froh des geglückten Fanges, hatten die Schlauheit dieses internationalen Hochstaplers unterschätzt; denn plötzlich auf dem Meldeamte riß er sich von ihnen los und entfloh nach dem Markte zu. Auf dem Lutherplatze, der ja abends überhaupt fast gar nicht beleuchtet ist, entschwand der große, auffällig rothaarige, dunkeläugige Mann, der einen blauen Anzug mit aufgekrempelten Beinkleidern und ein blaues Oberhemd trägt.

† Meiningen, 8. Okt. In Sonneberg ist das Sägewerk Buhl bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Neben riesigen Holzvorräten sind wertvolle Maschinen und Motore den Flammen zum Opfer gefallen. — In Gräfenthal ist das große Mühlenanwesen von Karl Glaeser mit sämtlichen Gebäuden völlig niedergebrannt.

† Leipzig, 9. Okt. Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs, insgesamt 8000 Personen, sind in eine Protestbewegung eingetreten, weil unterm 21. Oktober in sämtlichen hiesigen Textilbetrieben die Einführung einer neuen Arbeitsordnung geplant ist, die angeblich nichts als Härten und Strafen enthalten, die am 11. Oktober eintretende Lohnerhöhung illusorisch machen und eine Knebelung der Arbeiterschaft darstellen soll. Um dieser Einführung entgegen zu treten, werden in den nächsten Tagen mehrere Versammlungen die weiteren Schritte beraten und außerdem Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen.

† Leipzig, 8. Okt. Im Hause des Grundstückes 23 in Leipzig-Connewitz in der ersten Etage wohnt das Ehepaar Golsche. Die Frau war mit ihren sechs Kindern, unter denen sich ein Zwillingspaar von elf Wochen befindet, heute allein zu Hause; der Mann geht in Weißenfels der Arbeit nach. Gegen ½12 Uhr begab sich die Frau in das Waschhaus und ließ in der Wohnung das Zwillingspaar mit einem 3½ Jahre alten Knaben zurück. Kurze Zeit darauf bemerkten Hausbewohner, daß aus der Tür der Golscheschen Wohnung Rauch drang. Bei Öffnung der Wohnung fand man eine Anzahl Schränke in hellen Flammen vor. Es gelang den Hausbewohnern, den Brand bald zu ersticken. Bei näherer Untersuchung entdeckte man in einem in der Stube stehenden Korbe die Zwillinge — einen Knaben und ein Mädchen — tot; die Kinderchen waren vom Rauch bereits erstickt. Die Vermutung liegt nahe, daß der größere Knabe, der mit den erstickten Kinderchen in der Wohnung allein war, mit Feuer gespielt und dann die Wohnung verlassen hat. — Auf dem städtischen Leihhause fand sich am Montag mittag ein 13jähriger Schulknabe ein, der einen Pelz im Werte von über 1000 Mark versetzen wollte. Ein anwesender Kriminalbeamter verhörte darauf den Knaben über die Herkunft des Pelzes, wobei sich herausstellte, daß der jugendliche Spitzbube ihn in einem Pelzgeschäft im Brühl, in dem er kleine Arbeiten verrichtete, gestohlen hatte.

Merseburg und Umgegend.

9. Oktober.

H. Es ist recht kühl geworden, schneller, als man es erwarten durfte. Das Thermometer ist schon manche Nacht unter den Gefrierpunkt gesunken, und Reif lag des Morgens auf den Dächern. Der Sterbeprozeß der Natur beschleunigt sich. Unaufhaltsam rieseln gelbe und grüne Blätter von den Bäumen, und in wenigen Tagen wird es nicht nur herbstlich, nein, fast winterlich aussehen. Noch ist es zu früh dazu, denn noch viele Arbeit harrt des Landmannes. Noch ein großer Teil der Kartoffeln steckt in der Erde, und sie aus gefrorenem Boden herauszuholen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Noch hat die Rübenernte kaum begonnen, und noch Wochen werden vergehen, bis die letzte ihres Stammes den Weg in den Keller oder in die Zuckerfabrik gefunden hat. Selbst zu pflügen und zu bestellen ist noch viel übrig. Frühzeitiges Einwintern ist also ein drohendes Gespenst für den Landmann. Der Frost, der mehrere Grad stark gewesen ist, hat auch schon manchen Schaden getan. Das Rübenkraut ist stellenweise erfroren und hat an Haltbarkeit eingebüßt. Dagegen haben die Rüben selbst noch keinen Schaden gelitten. Wohl aber ist der Frost den Weintrauben verderblich gewesen, weil sie, durch die Ungunst der bisherigen Witterung zurückgehalten, noch nicht ihre völlige Reife hatten. Das trifft nicht nur die Gegenden, die ausschließlich vom Weinbau leben, wie das Ahrtal, in dem dieser Tage der Frost die ganze Weinernte vernichtet hat, sondern auch die unsrige, in der ja auch noch Wein gebaut wird, der nicht einmal so sehr schlecht ist, im Gegenteil, besonders in guten Jahren, einen recht trinkbaren Tropfen liefert. Wer 1911er Saalwein getrunken hat, wird das bestätigen. Das ist ein Stoff, der sich neben manchem sauren Mosel oder krabigem Rheinwein (Nordseite) sehen lassen kann. Wir sollten überhaupt nicht so weit in die Ferne schweifen, wo das gute so nahe liegt, sollten uns vielmehr unter anderem auch ein Fäßchen Saalwein in den Keller legen, und dadurch den heimischen Weinbau unterstützen. Auch Obst sollte noch vielmehr gebaut werden. Möchten die Landleute, aber auch die Gärten besitzenden Städter in diesem Herbste daran denken, daß jeder Obstbaum ein jährlich wachsendes Kapital ist, das reichlich Zinsen bringt. Anlagekosten für einen Apfelbaum sind 1,50 bis 2 Mark. Auf die Sparkasse getragen werden daraus in dreißig Jahren 6 bis 8 Mark. Bäume bringen aber jährlich durchschnittlich zehn bis dreißig Mark ein, manchmal noch mehr, so daß sich das Anlagekapital mit mehreren hundert Prozent verzinst. Mehr kann man doch nicht verlangen. Dabei verlangt der Obstbaum verhältnismäßig wenig Pflege. Pflegt man ihn gut, so ist er um so dankbarer. Also jetzt kommt die Zeit zum Obstbaumpflanzen. Man wähle jedoch nur die besten Sorten, und da nicht jede Sorte für jeden Boden geeignet ist, lasse man sich von einem Sachverständigen beraten.

** Zu den Tariferleichterungen infolge der Fleischteuerung, welche am 10. d. M. in Kraft treten, schreibt die „Nord. Allg. Ztg.", daß die seit 1907 bestehenden Ausnahmetarife für frisches Fleisch bis zum 31. Dezember 1913 verlängert und ausgebaut, jedoch dahin eingeschränkt werden, daß sie nur auf das im Inlande verbrauchte Fleisch Anwendung finden. Die an Gemeinden usw. zu gewährenden Vergütungen treten nur ein, wenn das Fleisch ohne Gewinn an Verbraucher oder Schlächter abgegeben wird, wobei in letzterem Falle einer Behörde an der Festsetzung des Fleischpreises ein Mitwirkungsrecht zusteht. Gerste und Mais kommen, soweit sie im Inland als Futtermittel Verwendung finden, in den Spezialtarif III zugunsten der Viehzüchter. Hierbei soll ebenfalls Vorsorge getroffen werden, daß der Frachtnachlaß wirklich den Verbrauchern bezw. den Viehhändlern zugute kommt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist diesmal folgender Weg eingeschlagen worden: Der Frachtnachlaß tritt künftig nur ein, wenn der Frachtberechtigte, auch soweit er Händler (Zwischenhändler oder Großhändler) ist, selbst im Frachtbrief oder in einer besonderen Note auf Treu und Glauben die Erklärung abgibt, daß der Verbraucher den Unterschied gegenüber der gewöhnlichen Fracht erhält.

W. Nüsse werden jetzt reif. Zwar schmecken sie frisch vom Baum am bester, aber man kann doch den ganzen Gottessegen nicht mit einem Male bewältigen und möchte doch auch für die Winterabende und besonders für Weihnachten etwas übrig haben. Aber leider ist das Trocknen schwer. Sind sie unvollständig getrocknet, so schimmeln sie leicht und verderben dadurch oft vollständig. Um dies zu verhindern, verfahre man in folgender Art: Man lege sie auf Horden oder in deren Ermangelung auf Bretter, die mit Rand versehen sind, schichte sie aber nicht aufeinander. So setze man sie der Sonne und dem Winde aus Des Nachts aber und sobald es anfängt zu regnen, müssen sie unter Dach gebracht werden. In vier bis fünf Tagen trocknen sie so vollständig aus, was sich dadurch zeigt, daß sie sich nicht mehr schälen lassen. Auch später müssen sie selbstverständlich trocken aufbewahrt werden.

** Fußballsport. Das am Sonntag in Weißenfels zum Austrag gekommene Wettspiel der 2. Mannschaft des hiesigen Allgemeinen Turnvereins gegen die 2. Mannschaft des Weißenfelser „Städtischen Turnvereins" endete mit einem Siege der Weißenfelser von 10:2 Toren.

§ Spergau, 8. Okt. Daß ein Unglücksfall selten allein kommt, hat sich hier wieder einmal gezeigt. Am Mittwoch voriger Woche fuhr der 15jährige Sohn des hiesigen Landwirts D. neben einem vom Felde heimkehrenden Wagen auf seinem Rade entlang. Weil der Weg durch Regen aufgeweicht war, glitt er aus und kam unter den Wagen, der über seinen rechten Arm hinwegging und ihn zerbrach. Der Verunglückte wurde ins Merseburger Krankenhaus geschafft Wenige Tage danach, am letzten Montag, ereignete sich ein ganz ähnlicher Unglücksfall. Diesmal handelte es sich um den bei dem Landwirt W. in Dienst stehenden Knecht Otto L. Er fiel aus der vorderen Schoßkelle eines Ackerwagens heraus, der ihm ebenfalls über den rechten Arm mit demselben Erfolge hinwegging, so daß er gleichfalls in ein Krankenhaus, und zwar in die Klinik in Halle, befördert werden mußte.

§ Lauchstedt, 8. Okt. Vom Sonntag bis heute Dienstag fand im hiesigen Kursaale die vom hiesigen Obst- und Gartenbauverein veranstaltete Obst- und Gartenbauausstellung statt. Dieselbe war mit Ausstellungsgegenständen recht zahlreich beschickt und konnte sich auch eines regen Besuches aus der näheren Umgebung erfreuen. In schön geordneter und übersichtlicher Weise waren auf vier großen Tafeln eine Menge guter Sorten Äpfel und Birnen aufgestellt, welche das Interesse aller Obstkenner in Anspruch nahmen. Besonders reich war auch die Verkaufsabteilung beschickt. Der Verein kann mit dem Erfolg der Ausstellung gewiß zufrieden sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0006

Mücheln und Umgebung.

9. Oktober.

+ Freyburg a. Unstrut, 8. Okt. Der verflossene Dienstag morgen brachte unserm Unstruttale mit seinen Weinbergen einen starken Frost; es waren 5 Grad Kälte. Leider hat dadurch die Weinernte sehr gelitten und wird mancher Besitzer von schwerem Verlust betroffen.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 400 Jahren, am 8. Oktober 1512, erließ der deutsche Kaiser Maximilian die Notariats-Ordnung, durch welche das Notariatswesen in Deutschland geregelt wurde. Damals hatte der Notar, der durchaus nichts mit der eigentlichen Gerichtsbarkeit zu tun hatte, eine ganz andere Bedeutung und Stellung als heute. Die Notare machten auf öffentlichen Plätzen, namentlich in Italien, ein Geschäft daraus, dem Publikum durch Abfassung schriftlicher Aufsätze und Eingaben an Behörden und dergl. dienstbar zu sein. Daraus, daß man diese Personen zur Beurkundung gerichtlicher Akte zuzog und den von ihnen aufgenommenen Urkunden öffentlichen Glauben beilegte, entwickelte sich das Notariatswesen, das dann geregelt wurde. Später bildete sich das Notariatswesen namentlich in Frankreich aus, es führte daselbst aber auch zu Unzuträglichkeiten, da das Notariat käuflich war. In Deutschland ist dies mit der Rechtsanwaltschaft verbunden.

Vor 150 Jahren, am 9. Oktober 1762, mußte sich endlich, nach 75tägiger Belagerung, die Festung Schweidnitz dem preußischen König Friedrich II. ergeben. So hartnäckig die Belagerung, so hartnäckig war die Verteidigung durch die Österreicher gewesen. Dem preußischen König lag deshalb sehr viel an dem Besitz der Festung, weil sie ihm bei den bevorstehenden Friedensschluß den Besitz von Schlesien sicherte; außerdem bildete Schweidnitz als wichtiger Stützpunkt für Preußens Operationen einen Ersatz für seine Festungen am Rhein, die sich noch in Feindes Händen befanden.

Wetterwarte.

V. W am 10. Okt.: Wechselnd bewölkt, mild, etwas Regen. — 11. Okt.: Zeitweise heiter, meist wolkig bis trüb, mild, etwas Regen.

Luftschiffahrt.

Luftpostdienst zwischen Deutschland und Dänemark?

Nach einem Kopenhagener Abendblatt hat die deutsche Reichspostverwaltung der dänischen vorgeschlagen, einen regelmäßigen Luftpostdienst zwischen Deutschland und Kopenhagen einzurichten, der namentlich dann in Wirksamkeit treten soll, wenn die ungünstigen Eisverhältnisse den regelmäßigen Postverkehr zwischen dem Kontinent und den nordischen Ländern unterbrechen. — Eine andere Meldung aus Kopenhagen berichtet: Das Generaldirektorat beabsichtigt, zwischen Dänemark und Deutschland eine Luftpost zu etablieren, da die Warnemünde-Gedser Fähre wegen der Eisschwierigkeiten im Winter nicht zuverlässig verkehren kann. Falls eine Übereinkunft mit den deutschen Behörden erzielt wird, wird sofort eine Luftschifffstation in Amager, einer kleinen Insel dicht bei Kopenhagen, gebaut werden.

Das Reichsmarineluftschiff „L. 1".

Friedrichshafen, 8. Okt. Das Reichsmarineluftschiff „L. 1" ist heute früh kurz nach 10 Uhr wiederum zu einer längeren Fahrt aufgestiegen. Es handelt sich um eine Werftüttenfahrt, bei der die Einzelteile des Luftschiffes erprobt und die Funkentelegraphieeinrichtung einer Prüfung unterzogen werden sollen. Um 12 Uhr landete das Luftschiff wieder. Die 50stündige Dauerfahrt des Luftschiffes nach Berlin wird, günstige Witterung vorausgesetzt, am Donnerstag angetreten werden. Die Fahrtlinie hängt von den Windverhältnissen ab.

Ein Unfall des Parseval-Luftschiffes.

Das neue Parsevalluftschiff, das im Auftrag der italienischen Regierung in Bitterfeld gebaut wurde, stieg gestern zu einer Probefahrt auf. In der Nähe des Lorwerkes Wachtendorf wurde es von einem Windstoß erfaßt und zu Boden geschleudert. Oben zerbrachen die Propeller; die Hülle wurde stark beschädigt. Personen sind zum Glück nicht verletzt worden.

Mailand, 8. Okt. Auf dem Flugfeld Gallarate ist gestern der Leutnant Gordesco mit einem Passagier aus einer Höhe von zwanzig Meter abgestürzt. Der Passagier, Mechaniker Piccoli, wurde getötet, Gordesco kam mit leichten Verletzungen davon.

Gerichtsverhandlungen.

Das Urteil im M.-Gladbacher Bombenprozeß.

München-Gladbach, 8. Okt. Der hiesige Papierhülsenfabrikant Pritzsch, der an den Ersten Staatsanwalt Mantill, den Staatsanwalt Burchardt und den Landgerichtsdirektor Pauckisch Bomben geschickt hatte, die nur durch einen Zufall bei allen Dreien nicht zur Explosion kamen, wurde heute vom Schwurgericht nach siebentägiger Verhandlung zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

* (Plötzlicher Tod eines blinden Anwalts) Während einer Erbschaftsverhandlung vor dem Krakauer Zivilgericht stürzte am Montag der 69 Jahre alte Advokat Dr. Ferdinand Zapzewski während eines Plädoyers vom Schlage gerührt zu Boden und war auf der Stelle tot. Sein Klient, ein Gewisser Garbacz, warf sich schluchzend über die Leiche und rief: „Herr Doktor, Sie haben mich so gut verteidigt!" Dr. Z. war seit Jahren blind, führte aber dennoch die Geschäfte seiner Kanzlei weiter. Die Akten ließ er sich stets vorlesen und führte seine Prozesse nach dem Gedächtnis durch.

* (Defraudant.) Der als Rendant der Spar- und Darlehnskasse in Wrangels in Ostholstein tätige Lehrer Reimer hat große Unterschlagungen begangen. Kleine Sparer sind um 40 000 Mk. geschädigt und auch das Rote Kreuz um 5000 Mk.

* (Zusammenstoß zweier französischer Unterseeboote) Paris, 8. Okt. Als gestern die beiden Unterseeboote „Bertholet" und „Giffard" von einer Flottenübung zurückkehrten, kollidierten sie im Hafen miteinander. Beide Boote wurden nicht unerheblich beschädigt und mußten ins Trockendock geschleppt werden.

* (Folgen tschechischer Ausschreitungen.) Die deutsche Schule in Beraun mußte geschlossen werden, da die dortige deutsche Minorität infolge der tschechischen Ausschreitungen nicht mehr wagte, die Kinder in die deutsche Schule zu schicken.

* (Der Anschlag auf den König von Italien vor Gericht.) Rom, 8. Okt. Nachdem im Prozesse gegen den Anarchisten Alba die Anklageschrift verlesen worden war, rühmte sich Alba während seiner Vernehmung, er wolle ein Mann ohne Vaterland, ohne Glauben und ein individualistischer Anarchist sein. Am 14. März sei er zum Pantheon mit der Absicht, den König zu ermorden, gegangen; er habe den königlichen Zug aber des starken Polizeiaufgebotes wegen auf dem Korso erwartet, hier habe er auf den zweiten Wagen geschossen, die beiden ersten Schüsse hätten versagt, der dritte habe den Kürassiermajor verwundet. Als Motiv der Tat gab er den Krieg an, fügte aber hinzu, daß er die Tat auch ohne den Krieg begangen hätte.

* (Zum Raubmord in Prag.) Wie sich ergeben hat, ist der Mörder an seiner Mutter, Koblitz, irrsinnig. Er treibt sich noch in Prag herum, ohne daß die Polizei seiner habhaft werden konnte. Er ermordete die Mutter, als sie einen größeren Geldbetrag aus einem Prozeß erhalten hatte.

* (Das englische Unterseeboot „B. 2" endgültig verloren.) Wegen der Tiefe des Wassers und der schweren Beschädigung des Schiffes ist das Rettungswerk an dem durch den Dampfer „Amerika" zum Sinken gebrachten Unterseeboot „B 2" aufgegeben worden.

* (Folgenschwere Pulverexplosion.) Nach einem Telegramm aus Tampiko (Mexiko) erfolgte am 7. d. in einem Speicher eine Pulverexplosion; bisher sind 22 Leichen geborgen worden, doch befürchtet man, daß noch mehr Personen getötet worden sind.

* (Der verschwundene Geldbrief.) Der Geldbrief, der 800 000 Mark enthalten hatte, ist in Neuyork ohne seinen Inhalt angekommen. Die Empfängerin, die Parcbank von Neuyork, erhielt nur das leere Kouvert. Anfangs glaubte man, das Geld sei auf dem Wege hierher gestohlen worden. Jetzt wurde merkwürdigerweise einer der gestohlenen 10 000-Dollarscheine in einer Summe entdeckt, die die Absenderin des Geldbriefes, die Nationalbank in Cuba, kürzlich an die Filiale der Canadischen Royal Bank in Havanna einzahlte. Es ist kein Zweifel daran, daß das Geld in Havanna verschwunden ist. Der Geldbrief war bei einer deutschen Gesellschaft in Mannheim versichert.

* (Masernepidemie.) In ganz ungewöhnlichem Maße sind gegenwärtig in Lichtenrade die Masern zum Ausbruch gekommen. Es sind nahezu 250 Einwohner von der Epidemie befallen worden. Unter den Erkrankten befinden sich 90 Schulkinder. Die Schulleitung hat sich veranlaßt gesehen, die Schule vorläufig auf die Dauer von 14 Tagen zu schließen.

* (Ein verheerendes Schadenfeuer) kam in der Montagnacht auf dem Landgut Ferdinandfelde bei Eberswalde zum Ausbruch. Der Brand wurde an mehreren Stellen zu gleicher Zeit entfacht, und als die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften zur Stelle waren, loderten an allen Ecken mächtige Flammen hervor. Das Feuer hatte bereits derart um sich gegriffen, daß alle Gebäude davon ergriffen wurden. Es konnte so gut wie nichts gerettet werden, und das Gut brannte vollständig nieder. Der Schaden ist ganz bedeutend.

* (Unaufgeklärter Selbstmord.) In der Königsheide bei Berlin wurde Montag die Leiche eines unbekannten etwa 50 Jahre alten Mannes aufgefunden. Es handelt sich um einen Selbstmörder, der sich mittels einer Drahtschlinge an einem Baum erhängt hat. Über die Persönlichkeit des Toten war bisher nichts zu ermitteln. Man fand in den Taschen des Toten einen Brief, der mit „Inspektor May" unterzeichnet war.

* (Die Rache des abgewiesenen Kurgastes.) Ein später Kurgast in Swinemünde, namens Ziegler, der schon längere Zeit bei einer Witwe wohnte, machte dieser am Sonnabend einen Heiratsantrag, der aber abgelehnt wurde. Am Abend fand die Witwe im Briefkasten einen Zettel des Inhalts, daß der abgelehnte Freier aus Rache für den erhaltenen Korb sich in ihrer Wohnung erhängen werde. Tatsächlich wurde auch die Leiche des etwa 40jährigen Mannes im Klosett vorgefunden.

* (Frostschäden am Rhein.) Die Winzer sind von der plötzlich hereingebrochenen Kälte der letzten Tage förmlich überrascht worden. Ähnlich wie an der Mosel ist auch am Mittelrhein und in den tieferen Lagen Rheinhessens der durch den Frost angerichtete Schaden ganz bedeutend. In einigen Gemarkungen ist er zu einer vollkommenen Katastrophe ausgeartet. In dem Enghöller Tal ist unter anderem eine sofortige Notlese angeordnet worden, um auf diesem Wege zu retten, was noch gerettet werden kann. Viel wird es voraussichtlich nicht sein. Der Schaden ist sehr groß. In vielen Gemarkungen ist die Weinernte, die zum Teil ein gutes Ergebnis versprach, vollkommen vernichtet, und wohl nur die besten Lagen werden einen Ertrag aufzuweisen haben. In dem verhältnismäßig kleinen Ahrgebiet wird der Schaden auf 3—400 000 Mk. geschätzt. Neben den Weinbergen haben auch die Obstgärten und die Feldfrüchte stark gelitten. Aus Trier wird berichtet: Der Frostschaden im Moselweinbaugebiet beträgt nach vorsichtiger Schätzung über 8 Millionen Mark.

* (Schülerselbstmord.) In einem Hotel in Frankfurt a. M. erschoß sich der 16jährige Gymnasiast Karl Richter aus Magdeburg wegen schlechter Zensuren. Er war schon seit einiger Zeit von Hause abwesend.

* (Der rätselhafte Leichenfund bei Oppeln) ist, wie Berliner Blättern gemeldet wird, aufgeklärt. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Buchhalterin Ida Thiele doch Selbstmord begangen hat. Sie hat sich offenbar vom Zuge überfahren lassen wollen und ist dabei von der Lokomotive erfaßt, zur Seite geschleudert und schwer verletzt worden.

* (Beendeter Streik.) Der Streik der Chauffeure der Hamburger Droschkenautomobilgesellschaft ist beendet. Heute abend 6 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der entlassene Chauffeur freiwillig auf Wiedereinstellung verzichtete.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Okt. Der russische Minister des Auswärtigen Ssasonow ist gestern abend nach Petersburg abgereist.

Athen, 9. Okt. Die Regierung gestattete den Eintritt Freiwilliger in die verschiedenen Truppenkörper; sie wird dagegen die Anwesenheit irregulärer Scharen auf dem Kriegsschauplatze infolge der Erfahrung in der Vergangenheit nicht dulden. Etwa festgenommene Freischärler sollen sofort erschossen werden.

Sofia, 9. Okt. Gegen 5 Uhr begann gestern nachmittag der Ministerrat, an dem auch der Sobranjepräsident Danew teilnahm, über die Antwort auf die Mitteilung der Mächte zu beraten. Er fand nicht unter Vorsitz des Königs statt. Der Ministerrat beschloß nach vierstündiger Verhandlung, die Antwort auf den Kollektivschritt der Mächte auszusetzen, offenbar in der Absicht, sich zuerst mit den verbündeten Balkanstaaten zu verständigen.

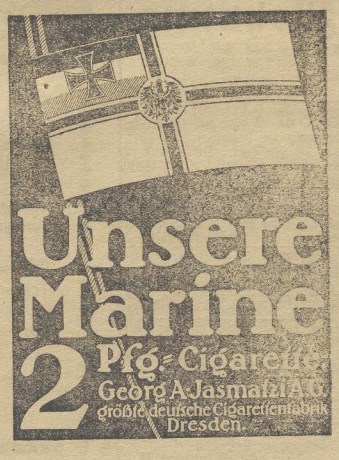
Sofia, 9. Okt. Graf Tarnowski und Herr Neklsudow, die Gesandten Österreich-Ungarns und Rußlands, haben gestern mittag dem Ministerpräsidenten Geschow gemeinschaftlich die Vorschläge Europas unterbreitet. Die Unterhaltung dauerte eine Viertelstunde. Geschow verwies die Herren auf die Antwort, die der nachmittag 5 Uhr zusammentretende Ministerrat beschließen werde. Geschow selbst bezeichnet die Vorschläge der Mächte als unbestimmt; man kennt sie dem Sinne nach, nicht im Detail, hört aber, daß die Note der Mächte folgende drei Punkte enthält: Erstens, die Mächte verurteilen jedes kriegerische Vorgehen auf dem Balkan. Zweitens, sie sind bereit, Reformen für Mazedonien zu veranlassen, unter Wahrung der Souveränität des Sultans und der Integrität des türkischen Reiches, und drittens die Erklärung, daß die Mächte im Kriegsfalle keine Gebietsänderungen zulassen werden. Nach den Vertretern der beiden Kaisermächte empfing Geschow den englischen Vertreter Bax-Ironside.

Konstantinopel, 9. Okt. Nach bei der Pforte eingegangenen Nachrichten haben die Montenegriner gestern abend die Grenze überschritten und Berane angegriffen. Der Kampf dauert an. — Der Ministerrat tagt in Permanenz. Seit dem frühen Morgen drängt sich die Menge vor der Pforte und den Zeitungsredaktionen. Die Kriegserklärung Montenegros, die durch Extrablätter bekannt gegeben wurde, hat die Erregung aufs äußerste gesteigert.

Paris, 9. Okt. Die französische Regierung hat eine amtliche Bestätigung der Kriegserklärung Montenegros an die Türkei erhalten. Der Schritt der Vertreter Rußlands und Österreich-Ungarns bei der montenegrinischen Regierung fand gestern vormittag 11 Uhr statt; aber schon um 9½ Uhr waren dem türkischen Geschäftsträger die Pässe zugestellt worden. Die montenegrinische Regierung erklärt, ihre Vorstellungen bei der türkischen Regierung seien seit zwei Monaten ergebnislos geblieben und sie habe sich daher, da sie nicht friedlich zum Ziele kommen konnte, genötigt gesehen, zu den Waffen zu greifen. Selbst auf seine eigenen Waffen angewiesen, könnte Montenegro nicht anders handeln.

London, 9. Okt. Die Staatsanwaltschaft von Indianapolis erhebt gegen den aus den Gewerkschaftskämpfen und Dynamitattentaten in Los Angeles bekannten Mac Namara die Beschuldigung, eine Verschwörung angezettelt zu haben, um die Schleusentore des Panamakanals in die Luft zu sprengen. Der Plan, der an der Unmöglichkeit, genügende Mengen Sprengstoff zu erlangen, scheiterte, wurde von einem der Verschwörer namens Mac Manigal verraten.

Reklameteil.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0007

Anzeigen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in **Porbitz-Poppitz** unter Nr. 78 belegene, im Grundbuche von Porbitz-Poppitz Band VI Blatt 149 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Schuhmachermeisters **Friedrich Jumisch** und dessen Ehefrau **Alwine Pauline** geb. Rauch zu **Porbitz-Poppitz** je zur Hälfte eingetragene Grundstück:

Haus Nr. 78, bebauter Hofraum, Kartenblatt 1, Parzelle 614/221, 2 a 73 qm, mit einem Gebäudesteuernutzungswerte v. 384 Mk., Grundsteuermutterrolle Art. 140, Gebäudesteuerrolle Nr. 84

am 25. November 1912, nachmittags 2¼ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht **im Kurhause zu Dürrenberg** versteigert werden.

Merseburg, den 7. Oktbr. 1912.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Behufs Veranlagung zur Einkommen- und Gemeindesteuer für 1913 hat die **Aufnahme des Personenstandes** für Merseburg nach dem Stande vom **Dienstag den 15. Oktober 1912 stattzufinden.**

Den Hauseigentümern bezw. deren Stellvertretern werden in den nächsten Tagen soviel Formulare zu Hauslisten zur Ausfüllung behändigt werden, als nach ihrer Angabe sich Haushaltungen (einschließlich der eigenen) und selbständige einzeln wohnende Personen in jedem Hause befinden.

Die Abholung der ausgefüllten Formulare erfolgt vom 16. d. M. ab.

Bei Ausfüllung der Listen ist die auf der ersten Seite befindliche Anweisung genau zu beachten.

Im Interesse der gesamten Einwohnerschaft liegt es, daß die Aufnahme des Personenstandes mit Sorgfalt und Genauigkeit erfolgt. Hinsichtlich der Verpflichtung zur Ausfüllung der Hauslisten verweisen wir auf die Bestimmungen der §§ 23 und 74 des Einkommen-Steuergesetzes. Diese Bestimmungen sind auf den Hauslisten zum Abdruck gebracht.

Merseburg, den 5. Okt. 1912.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Gemäß § 1 des Ortsstatuts, betreffend die kaufmännische Fortbildungsschule, ist von dem Schulvorstand derselben die Unterrichtszeit im Winterhalbjahr wie folgt festgesetzt worden:

für die 1. und 3. Klasse auf Montag und Mittwoch von 2 bis 5 Uhr nachmittags,
für die 2. Klasse auf Donnerstag von 4 bis 7 Uhr und Sonnabend von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Merseburg, den 4. Okt. 1912.
Der Magistrat.

Wohnung

im Preise von Mk. 500,— per 1. Oktober cr. zu vermieten.
Näheres
Ober-Burgstraße 7, part.

Sattlerstr. 8 ist sofort od. später **eine herrschaftliche Wohnung** zu beziehen. 8 evtl. auch 10 Zimmer, Diele und 2 Veranden. Elektrisch Licht, Gas, Garten.

Mittlere Wohnung mit Bad, Gasanlage, sofort zu vermieten und 1. 10. 12 oder 1. 1. 13 zu beziehen **Markt 26.**

Wohnung, 5 Zimmer, Küche und Zubehör,
Wohnung, 3 Zimmer, Küche und Zubehör, per 1. Januar, evt. früher, zu vermieten **Burgstr. 13.**

Ein kleines Logis für einzelne Leute sofort zu vermieten und 1. Januar zu beziehen. Preis 140 Mk. **Kl. Ritterstr. 4, I.**

Eine Wohnung für einzelne Leute (Hinterhaus) zu vermieten **Burgstraße 15.**

Freundliche Wohnung zum 1. Januar zu beziehen **Ob.-Altenburg 34.**

Für die uns beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme, insbesondere den alten Husaren, welche ihrem Kameraden das letzte Geleit gaben, sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 8. Oktober 1912.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Hugo Feldrapp.

Normalbestimmungen über die Beschaffenheit der Hefte in den Volks- und mittleren Schulen des Regierungsbezirks Merseburg.

1. Das Papier der Schreibhefte soll weiß, holzfrei und mindestens dreizehnpfündig sein, stark genug, damit die Schrift nicht durchscheint, gut geleimt und geglättet, damit die Tinte nicht verläuft und die Feder nicht ausspritzt, also weder weich noch glänzend.
2. Die Form, Hochquart, 16,5 cm breit und 20,5 cm hoch. — Der Seitenrand von 3,5 cm ist durch eine starke Linie (Doppellinie) abzugrenzen.
3. Die Linien dürfen nicht punktiert, sondern müssen in blauer Farbe voll ausgezogen, scharf und farbensatt sein. Richtungslinien sind ausgeschlossen.
4. Die Doppellinien sind so zu ordnen, daß die drei Buchstabenlängen bei deutscher Schrift das Verhältnis von 1:3:5 und bei lateinischer Schrift von 1:2½:4 aufweisen. Der für die Grundbuchstaben bestimmte Mittelraum soll bei deutscher Schrift für die Anfangsstufe des Heftschreibens 4 mm betragen und sich im Fortgange der Uebung auf 3 mm verengen, so daß sich 2 Liniaturen ergeben, 1: 4, 12, 20 mm, 2: 3, 9, 15 mm. Für die lateinische Schrift ist der Mittelraum auf 4 mm zu bemessen (Liniatur: 4, 10, 16 mm).
5. Die einfachen Linien sollen 13 mm beziehungsweise 12 mm Entfernung haben. Auf der Oberstufe dürfen, wenigstens für die Aufsätze, auch Hefte ohne Linien verwendet werden. Bei Heften mit 12 mm Linienabstand für den Unterricht in fremden Sprachen soll der Rand 5 cm breit sein.
6. Sonstige Beschaffenheit der Hefte. Die Stärke der Hefte soll 16—24, in den Aufsatzheften höchstens 40 Blätter betragen. Sie sind mit hinten überklebtem Faden zu heften und in einen festen blauen, nicht aus zwei Blättern zusammengeleimten Umschlag zu fassen. Jedes Heft muß mit einem Umschlag, Heft und Umschlag müssen mit je einem weißen Papierschild versehen sein. Der Umschlag soll aus blauem geglätteten Papier bestehen. Jedes Heft muß ein gut saugendes Löschblatt haben.
7. Die Tagebücher sind aus gutem Rohschriftpapier mit einfachen oder Doppellinien zu fertigen.
8. Die Rechenhefte haben eine Liniatur von 5:7 mm. Auch können Hefte ohne Linien verwandt werden.
9. Die Hefte dürfen keinerlei Kennzeichen — Fabrikmarken — tragen.

Hefte, welche diesen Bestimmungen entsprechen, werden schon jetzt in allen Schulen des Kreisschulaufsichtsbezirks Merseburg zugelassen. Vom Beginn des Schuljahres 1914 ab ist der Gebrauch anderer Hefte unzulässig. Unzulässig sind schon jetzt Hefte mit besonderen Kennzeichen — Fabrikmarken —, ebenso die sogenannten „Schreibschulen".

Die vorstehenden Normalbestimmungen bringe ich hierdurch zur Kenntnis der Pap erwarenhändler meines Aufsichtsbezirks.

Merseburg, den 8. Oktober 1912.
Der Königliche Kreisschulinspektor. Mincк.

Die
Buchdruckerei von Th. Rössner
empfiehlt sich zur Anfertigung von

Visitenkarten	Geschäftsbriefen und Umschlägen
Verlobungskarten und -Briefen	Rechnungen
Glückwunschkarten	Formularen
Trauerkarten und -Briefen	Programmen
Geschäftskarten	Werken und Zeitungsbeilagen

in geschmackvoller Ausführung zu soliden Preisen.
Muster zu Diensten. Schnellste Lieferung.

Kleine Parterre-Wohnung, nach der Straße gelegen, von einem ja. Mann sof. zu mieten **gesucht.** Werte Offerten unter **B A** in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Möbl. Zimmer
mit und ohne Schlafkabinett zu vermieten **Markt 29.**

Freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten
Gutenbergstraße 19, pt l.

Freundl. Schlafstelle
offen **Obere Breite Str. 2.**

Zwecks Errichtung eines **Kunst-Ateliers** verbunden mit Papier- und Galanteriewaren-Handlung wird in der Nähe der Kaserne oder Weißenfelser Str. z. 1. 4. 13 oder später ein

Laden mit Wohnung,
wo im Hofe oder Garten Platz zum Erbauen des Ateliers vorhanden ist, von auswärtigem Geschäftsmann **gesucht.** Ev. späterer Kauf nicht ausgeschlossen. Werte Offerten unter **Z B 10** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Auf ein hiesiges, sehr gut verzinsbares Wohnhaus mit Garten werden hinter 7100 Mk. **4000 Mk. gesucht.** Zu erfr. in der Exped.

Baustellen
im Westen, zu Geschäftszwecken 2c. Fleischerei sehr gut geeignet), billig zu verkaufen. Gefl. Refl. wollen bitte unter **S C** in der Exped. d. Bl. anfragen.

Wegzugshalb. div. Küchenmöbel, Gaskocher v. versch. a.
billig zu verkaufen **Markt 31, II.**

Moderne Salon Einrichtung
(alt Mahagoni) wie neu, sofort preiswert zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped.

Kinderwagen m. Gummireif.
bill. zu verk. Zu erfr. i. d. Exp.

Eine Zinkbadewanne
zu verkaufen **Hälterstr. 25, pt.**

Junger brauner Dobermann, rasserein, ist für 25 Mark, ferner **ein Gramophon** (neu 60 Mark ohne Platten) für 35 Mark mit 30 Platten zu verkaufen. Angebote erbittet
H. Graupeter, Dürrenberg a. S.

Eine 5 Mon. alte Dobermannhündin, schwarz, billig zu verkaufen **Leunaer Str. 24.**

Kurzhaarige, gut abgeführte **Jagdhündin,** im 4. Felde, tadellos, Stammbaum, sofort zu verkaufen **Preußerstr. 18.**

Eine deutsche Schäferhündin,
7 Monate alt, billig zu verkaufen **Beuenien 16.**

1 Paar gr. Läuferschweine
verkauft **Annenstr. 29.**

4 Stck. große Läuferschweine
sowie einige Fuhren
Haferspreu
zu verkaufen **Ob.-Altenburg 13.**

Grummet
verkauft **Meuschau 5.**

4 Morg. Zuckerrüben sind auszumachen.
Näheres **Gotthardtstraße 2.**

Ein 4rädriger gebrauchter leichter Ackerwagen,
evtl. ohne Kasten, **zu kaufen gesucht.** Offert. unt. **A K 2.7** an die Exped. d. Bl.

Pferde zum Schlachten
gut genährt, kauft stets zu höchsten Preisen
Arthur Hoffmann, Sixtiberg 2. Tel. 264.

Empfehle frische
Gänseleberwurst
K. Kellermann.

Zwiebeln,
a ¼ Ztr. 75 Pf., empfiehlt
Emil Wolff, Roßmarkt.

Cinophon-Theater Gr. Ritterstr. 1.

Programm vom Mittwoch bis Freitag.
Nordost-Orkan im Kaukasus. Natur.
Lokomotivführer Zigoto. Humoristisch.
Gaumont-Woche. Neueste Tagesereignisse.
Die neue Sklavin. Tonbild.
Der verräterische Zeitungs-Ausschnitt. Drama.
Der gefoppte Onkel. Zum Wälzen.
Des Vaters Zorn. Drama.
Rosalie ist schuld. Tolle Posse.

Der Mann ohne Gewissen.
Schlager in 3 Akten. Drama aus dem Eheleben eines Rechtsanwalts. **Spieldauer 1 Stunde.**

Gute Eßbirnen,
a Korb 75 Pf., empfiehlt **Emil Schumann,** Lauchst. Str. 21, Hof.

Echten Emmenthaler Schweizerkäse,
hochfeinen
Limburger Käse, ff. Harzkäse
empfiehlt
Adolf Kunecke, Gutenbergstraße 1.

Alle Bedarfs-Artikel zur PHOTOGRAPHIE in bester QUALITÄT bei:
Reinhold Rietze,
Kaiserdrog., Rossmarkt.
DUNKELKAMMER zur VERFÜGUNG.

Apoldaer Wollstoffe
zu Mattinees, Morgenröcken und Kindersachen in allen Farben empfiehlt billigst
Friedrichstraße 1, part.

PIANOS
Turin
RITTER
Grand-Prix
FLÜGEL
Filiale in Merseburg: Ober-Burgstr.
Vertreter: **Rud. Meckert**

Liebhaber
eines zarten, reinen **Gesichtes** m. rosigem jugendfrischen **Aussehen** u. blendend schönem **Teint** gebrauchen nur die echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife v. Bergmann & Co., Radebeul,
Preis a St. 50 Pf., ferner macht der **Lilienmilch-Cream Dada** rote und spröde Haut **in einer Nacht** weiß u. sammetweich. Tube 50 Pfg. bei: **W. Fuhrmann, Franz Wirth, Wilh. Kieslich, A. Berger Nfg., Reinh. Rietze, Hermann Meniger, Oskar Leberl, Dom-apotheke.**

Wäsche zum Waschen und Plätten
wird noch angenommen
Marienstraße 3, part. l.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0008

Telegramm-Adresse:
Correspondent Merseburg
Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. [illegible] Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in [illegible] Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Reklameteil 40 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 238 | Donnerstag den 10. Oktober 1912. | 39. Jahrg.

Nicht ganz unbegründete Bedenken.

Die Art der italienischen Kriegsführung in Tripolitanien ist jetzt auch denen verständlich geworden, welche bisher den Kopf über sie schüttelten. Die römische Regierung rechnete von vornherein damit, daß die Balkanvölker die Gelegenheit dazu benutzen würden, die längst geplante Abrechnung mit ihrem Erbfeinde in Angriff zu nehmen. Italien glaubte, durch diese in der Natur der Verhältnisse liegende Hilfe sich große Opfer und den gefährlichen Eroberungsmarsch durch die von der Küste nach dem Süden Libyens führenden schmalen und langen, mit zahlreichen Verstecken versehenen Täler ersparen und schließlich die reife Frucht sich in den Schoß fallen lassen zu können. Diese Kalkulation war im großen und ganzen richtig. Nur kam die Hilfe viel später, als erwartet worden war, weil der Krieg zu plötzlich eintrat und die Balkanstaaten ohne alle Präparation vorfand. Letztere bedurften einiger Zeit, um sich von der Überraschung zu erholen und sich die Frage zu beantworten: Was ist zu tun? Auch mußten sie erst abwarten, ob der Krieg von längerer Dauer sein würde, so daß es sich verlohnte, sich schlagfertig zu machen. Dann waren diplomatische und nach deren Gelingen militärische Vorbereitungen in umfassendstem Maße zu treffen, und zwar in aller Stille, um sie nicht offenkundig werden zu lassen, da mehrere Mächte fest entschlossen zu sein schienen, die Einmengung der Balkanstaaten in den italienisch-türkischen Krieg nicht zu dulden. Selbst Italien fühlte sich gezwungen, offiziell in diesem Sinne sich auszusprechen.

Die Balkanregierungen haben es jedoch verstanden, im Geheimen ein bulgarisch-serbisch montenegrinisch-griechisches Schutz- und Trutzbündnis herzustellen und auch die Kriegsrüstungen mit solcher Heimlichkeit zu betreiben, daß sie erst in ihren letzten Stadien bekannt wurden. Italien reibt sich, ohne es die anderen Mächte merken zu lassen, vergnügt die Hände darüber, daß der ersehnte Balkanbund endlich ins Leben getreten ist und einen mächtigen Druck auf die Entschließungen der Pforte in der Frage des Friedensschlusses auszuüben vermag. Man tut indessen gut, sich in dieser Hinsicht noch nicht allzugroßen Erwartungen hinzugeben. Es heißt ja nur, daß die unverbindlichen türkischen Unterhändler und auch der Ministerrat in Stambul die letzten Vorschläge der unverbindlichen italienischen Unterhändler akzeptiert haben, daß jedoch der Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet ist. Und von Rom aus wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Sa[illegible] digung erfo[illegible] Waffenstillsta[illegible] diese Frage ein[illegible] n, welche Ita[illegible]

[illegible] Man kann kau[illegible] die Bedin[illegible] unverbindlich[illegible] vereinbar[illegible] polis und die [illegible] gewährt dies[illegible] Recht der frei[illegible] t sie ihre Tru[illegible] hnen die Ent[illegible] in den trip[illegible] ll weiter gege[illegible] wollen. Daß [illegible] er türkischen [illegible] mit den Ara[illegible] scht sich niem[illegible] fte dort verb[illegible] riedensschlu[illegible] ürkischen raffi[illegible] daß sie den [illegible] n tripolitan[illegible] vor dieselbe[illegible] e.

A[illegible] Italien gar [illegible] und die Balkanstaaten sich nicht so rasch zum Wiedereinstecken des gezogenen Schwertes bewegen lassen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß Italien seine ursprünglichen Forderungen voll und ganz durchsetzen wird. Letzteres müßte sich aber auch davor hüten, selbst zur Einschüchterung der Balkanregierungen beizutragen. Wenn es allzu eilig und zwar einen faulen Frieden mit der Türkei schließen und dadurch die ihm zu Hilfe gekommenen christlichen Völker der Halbinsel im Stiche lassen würde, so könnte sich die Situation noch so gestalten, daß die Pforte auf die Hinterbeine träte, der römischen Regierung wieder ein weniger konziliantes Gesicht machte und den Krieg in Tripolis in anderer oben angedeuteter Form wieder aufnähme. Die Großmächte drücken jetzt ohnedies mit vermehrten Kräften im Interesse der Erhaltung des Friedens auf die Balkanstaaten. Kann sich die Pforte diese durch mazedonische Reformen vom Halse halten, dann wendet sie sich naturgemäß wieder gegen diejenigen, welche Tripolitanien annektieren wollen.

Die konservativen „Bekämpfer“ des Umsturzes.

Ein Artikel der „Konservativen Korrespondenz“, der sich mit den Stichwahlverhandlungen auf dem sozialdemokratischen Parteitage beschäftigt, macht die Runde durch die konservativ-agrarische Presse. Stolz erklärt man darin:

Wenn Herr Scheidemann schließlich sich anheischig macht, weitere solche Fälle (wie die konservative Stichwahlbettelei in Parchim Ludwigslust und Arnswalde-Friedeberg) namhaft zu machen, so sehen wir dem entgegen. Sollte er dazu nicht in der Lage sein, so könnten wir seine Worte nur als leichtfertige und dummdreiste Verleumdungen bezeichnen.

Wir finden, so bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.“, diese bedingte Androhung etwas leichtfertig. weil die „Kons. Korr.“ doch eigentlich wissen sollte, daß sie mehr Sünder in ihren Reihen sitzen hat, als sie andere Leute glauben machen möchte. Wir wollen ihr gern mitteilen, daß im Wahlkreise Malchin-Waren, in dem der gewesene Mandatsinhaber v. Maltzahn-Pekkatel (kons.) mit dem dann gewählten fortschrittlichen Gutsbesitzer Dr. Wendorff in Stichwahl stand, zwischen Haupt- und Stichwahl das Vorstandsmitglied des konservativen Orts- und Kreiswahlvereins, Maurermeister Reinholz-Malchin, die sozialdemokratischen Führer in Malchin um Stichwahlhilfe für Herrn v. Maltzahn ersuchte — freilich mit negativem Erfolg. Herr Reinholz ist bis jetzt noch immer Vorstandsmitglied des konservativen Vereins. — Herr Flint-Mühlenhof im Wahlkreise Parchim-Ludwigslust ist — darauf wollen wir die „Deutsche Tageszeitung“ einmal aufmerksam machen — auch noch immer der Vorsitzende des Bundes der Landwirte im Wahlkreis, derselbe Herr, der erklärt hat, der Vorstand des Bundes der Landwirte hat die Dadeschen roten Zettel weder vorher gekannt noch sie gebilligt, dem dann aber öffentlich nachgewiesen wurde, daß er an einer Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte teilgenommen hat, die am 13. Januar im Wallhotel in Parchim tagte, nach deren Schluß sofort die roten Zettel in Druckauftrag gegeben wurden — von einem Herrn, der an dieser Versammlung teilgenommen hatte, der aber nicht Herr Flint war.

Diese Ausführungen bestätigen, daß die christlichsoziale Partei als Dienerin der Konservativen angesehen wird. Sie bestätigen auch, daß die Wahl des Pastors Philipps auch äußerlich die Wendung nach rechts kennzeichne. Die Christlichsozialen dürfen als besondere Partei für die Konservativen namentlich in der Kirchenfrage weiter arbeiten. Aber bei den Wahlen kann es dem Abgeordneten Behrens wieder passieren, daß die Konservativen ihn, wie bei der letzten Reichstagswahl, aus seinem Wahlkreis zu verdrängen suchen.

Der Parteitag in Mannheim.

LC. Mannheim, 7. Okt. Heute früh trat der Parteitag sofort in die Beratung der Frauenfrage ein. Abg. Mommsen als erster Referent gab einen geschichtlichen Überblick über die Stellungnahme der Partei zum Frauenstimmrecht und erklärte, es sei die Stellung in der Partei noch nicht einheitlich, es gäbe Freunde, die die Aufnahme jener Forderung als unvereinbar mit ihren Grundsätzen erachteten und sie für ihre Person nicht anerkennen würden. Es müsse aber vermieden werden, daß Teile des Programms von Anhängern der Partei nicht mitgebracht werden könnten. Ohne die Bedeutung der Frage verkennen zu wollen, so gäbe es doch heute sehr viel schwierigere Fragen zu lösen; und es sei falsch, jetzt durch Hineintragen von Zwiespalt die Stoßkraft der Partei zu schwächen. Ausdrücklich sollte hervorgehoben werden, daß jeder Anhänger der Partei berechtigt sei, die Frauenfrage über die Linie hinaus zu verfolgen, die das Parteiprogramm zunächst gezogen habe. Der geschäftsführende Ausschuß wolle ein Festlegen der Partei vermeiden. Redner habe seine persönliche Meinung zurückgestellt im Interesse der Gesamtpartei. Helfen Sie uns die Männerrechte durchzuführen, so wird sich die Frage des Frauenstimmrechts ganz von selbst lösen! Im Namen des geschäftsführenden Ausschusses legte Mommsen folgende Resolution vor:

„Der Parteitag sieht zurzeit von einer Abänderung des Absatzes VIII des Parteiprogramms betr. die Rechte der Frauen mit Rücksicht auf die in der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten ab, erkennt aber das Recht eines jeden Parteigenossen an, seinerseits für die Erweiterung der Rechte der Frauen über die in das Programm aufgenommenen Grundlinien hinaus zu wirken.“

Frl. Dr. Bäumer als zweiter Referent hob einleitend hervor, daß die Frauen als Angehörige der liberalen Partei ihre Forderung erheben und die Frauenbewegung durchaus als liberale Angelegenheit empfinden. Der Liberalismus müsse die Kraft haben, die Bewegung der Frauen zur politischen Gleichberechtigung hin innerlich mit zu erleben. Die Partei müsse die Bewegung nicht um der Frauen, sondern um ihrer selbst willen begrüßen. Die wirtschaftliche und soziale Entwickelung dränge mit innerer Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung der Frau. Diese werde kommen, der Liberalismus möge dafür sorgen, daß er den Gewinn davon habe. Er müsse dann allerdings früh aufstehen. Es sei zuzugeben, daß die Frage noch nicht für die praktische Gesetzgebung reif sei; aber bei den Frauen sei die Fähigkeit, sich als Staatsbürger zu fühlen, außerordentlich schnell gewachsen, ebenso schnell wie die Entwickelung der modernen Frauenbewegung und der beruflichen Organisationen. Das Bekenntnis zum Liberalismus werde den Frauen sehr erschwert, wenn sie vom Liberalismus zurückgewiesen, wenn sie desavouiert würden. Im Interesse der liberalen Politik bäten die Frauen dringend: geben Sie uns ein großzügiges prinzipielles Zugeständnis, daß die Frauenbewegung innerlich zum Liberalismus gehört.

Nach dieser Rede wurde ein inzwischen eingegangener, mit 31 Unterschriften versehener Antrag Frau Voß-Zietz-Frl. Dr. Bäumer verlesen:

„Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat die Zahl der berufstätigen Frauen außerordentlich vermehrt. Diese Entwicklung, die sich zweifellos fortsetzt, und die wachsende Aufnahme von Frauen aller Schichten am öffentlichen Leben führt mit innerer Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung der Frauen. Der Parteitag fordert deshalb die Parteigenossen auf, die Frauen im Kampf um ihre politischen Rechte bis zur vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu unterstützen.“

Später wurde ein Antrag Müller-Meiningen eingebracht, hinter die Worte „am öffentlichen Leben führt“ den Satz einzufügen: „nach der Anschauung weiter Parteikreise“.

Nach lebhafter Debatte erklärte schließlich Abgeordneter Mommsen, daß, wenn alle Anträge auf Programmänderung zurückgezogen würden, der Antrag des geschäftsführenden Ausschusses gegenstandslos sei und zurückgezogen werden könne.

Diese Zurückziehung erfolgte, nachdem hintereinander sämtliche Anträge auf Programm-Änderung zurückgezogen worden waren. Es blieb nur noch der Antrag Voß-Zietz, der alsdann, nach Aufnahme des Amendements Müller-Meiningen, unter großem Beifall gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Damit war der Punkt Frauenfrage erledigt.

Es folgte die Beratung der Organisationsfragen. Abg. Kopsch referierte und ging die zahlreichen Abänderungsanträge zum Organisationsstatut durch, die er teils ablehnte, teils der näheren Erwägung des Zentral-Ausschusses empfahl. Die Fülle der Anregungen zeigte das lebhafte Interesse der Parteigenossen an den Organisationsfragen. Die jährliche Berufung des Parteitages wünschte Redner nicht, um nicht die Mitglieder zu sehr zu belasten. Die Aufnahme von Vertretern der Arbeitervereine usw. in den geschäftsführenden Ausschuß sei nicht erwünscht wegen des einheitlichen Charakters der Partei. Die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses durch den Parteitag sei nicht zu empfehlen, da jeder Parteitag doch eine lokale Färbung trage und so leicht eine falsche Auswahl der in der Parteileitung befindlichen Männer stattfinden könne. Der Zentral-Ausschuß, der jetzt die Wahlen vornehme, habe viel bessere Personalkenntnisse. Redner wandte sich auch gegen die Anträge auf Schaffung von Landeskonferenzen der Partei zur sofortigen Annahme. Volles Vertrauen der Partei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319121010-16/fragment/page=0009